

Leutlich Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 1 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Dienstag Mittwoch, 2. 3. Jan. 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Dimitroffs Schicksal
Seite 2

Saackampf 1934
Seite 2

Auf dem Hund
Seite 4

Auch die Ugcrofelteen
Seite 5

Und Oesterreich?
Seite 7

Simon bei Mussolini

Die Besprechungen in Rom - Französische Note in Berlin - Nur geringe Aussichten auf Verständigung

London, 2. Jan. Wie Reuters aus Rom meldet, wird Sir John Simon heute abend in der italienischen Hauptstadt ein treffen, und am Mittwoch dürfte er mit Mussolini zusammentreffen. Er beabsichtigt, am Freitag die Heimreise anzutreten.

In Rom zeige sich die Neigung, so heißt es in der Meldung weiter, dem Besuch keine übertriebene Wichtigkeit beizumessen. Dieses Zusammentreffen mit Mussolini werde vor allem der Klärung der beiderseitigen Auffassungen über die Stellung der Abrüstungsverhandlungen und wahrscheinlich auch über den Völkerbund dienen. Gerüchte über das Bestehen einer Viermächtekonferenz seien haltlos.

Wenig Hoffnung

Rom, 2. Jan. Die italienische Presse läßt, wie während des mehrtägigen Aufenthaltes von Sir John Simon auf Capri Jurisdiktion in der Beurteilung der Gespräche, die morgen zwischen Simon und Mussolini beginnen sollen. Man unterstreicht stark den informatorischen Charakter des englischen Besuches. Sowohl Italien wie England komme eine gewisse Vermittlerrolle zu, und man könne damit rechnen, daß die Unterhaltung der beiden Staatsmänner einige Klärung bringen werde. Wie aber die entschiedene Forderung Italiens auf baldige Reform des Völkerbundes mit der ebenso entschiedenen ablehnenden Haltung Frankreichs in Einklang gebracht werden soll, wird nirgends angedeutet. Die überraschend schnelle Ueberreichung der französischen Note in Berlin führt man vielfach darauf zurück, daß Paris von den Gesprächen zwischen Simon und Mussolini eine Störung seiner diplomatischen Aktion in Berlin befürchtete und daher eine vollzogene Tatsache schaffen wollte. Von einem Optimismus über die Ergebnisse der Unterhaltungen in Rom und das Schicksal der Abrüstungskonferenz ist jedenfalls kaum etwas zu spüren.

Francois-Poncet eilig

Frankreichs feste Haltung
Berlin, 2. Jan. Die Reichsregierung hatte damit gerechnet, daß der französische Botschafter Francois-Poncet erst am 5. oder 6. Januar die ihm von Paul-Boncour überreichten schriftlichen Instruktionen überreichen werde. Daß er schon für den 1. Januar nach den Neujahrsfeierlichkeiten um einen Empfang nachsuchte, entsprach einer Anweisung, die ihm von Paris gegeben worden ist und für die Reichsregierung überraschend kam. Das von Francois-Poncet überreichte Aide Memoire legt die Haltung Frankreichs in der Abrüstungsfrage genau fest und läßt keinen Zweifel darüber, daß Frankreich nur gewillt ist, im Rahmen von Genf und sachlich dort wo am 14. Oktober durch den Austritt Deutschlands die Beratungen abgebrochen worden sind, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Zur Vorgeschichte

London, 2. Januar. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph bringt heute die Auffassung zum Ausdruck, daß ein Ausschub des für den 21. d. M. vorgesehenen Zusammentreffens des Abrüstungskomitees wahrscheinlich sei, es sei denn, daß sich in Berlin oder bei der Zusammenkunft des Völkerbundesrates am 15. in Genf ein wesentlicher Fortschritt erreicht werde.

In einer französischen Information, daß die britische Regierung am Samstag den Quai d'Orsay gebeten habe, die Ueberreichung der Denkschrift in Berlin um einige Tage zu verzögern und daß dieses Ersuchen abgelehnt worden sei, berichtet der Mitarbeiter: Der Grund der Anregung war, daß der britische Botschafter in Berlin Gelegenheit erhalten sollte, durch vorherige Besprechungen mit der deutschen Regierung den Weg für den französischen Schritt zu ebnen und es zugleich Sir John Simon zu ermöglichen, mit Mussolini den wesentlichen Inhalt des Schriftstücks zu besprechen, bevor es in Berlin überreicht werde. Die ablehnende Haltung des Quai d'Orsay ist wahrscheinlich folgendermaßen begründet: Die französische Regierung hatte vorige Woche erwogen, das Dokument vor seiner Abendung nach Berlin Großbritannien, Italien, Belgien und den osteuropäischen Verbündeten Frankreichs zur Zustimmung zu unterbreiten. Dieser Gedanke fand aber in London und Rom keine Billigung, da möglicherweise Berlin darin ein Zeichen für das Vorhandensein einer englisch-französisch-italienischen Einheitsfront gegen Deutschland hätte erblicken können.

„Greifbare Vorschläge“

Die französische Presse

Paris, 2. Jan. Nach der Ueberreichung der französischen Antwortnote in Berlin verhält sich die Pariser Presse noch stark zurückhaltend. Von den großen Informationsblättern nimmt nur der „Petit Parisien“ Stellung und setzt sich mit der Aufnahme auseinander, die die französischen Vorschläge, soweit sie bisher bekannt sind, in der deutschen Öffentlichkeit gefunden haben.

Die Reichsregierung, so betont das Blatt, werde bei der Festhaltung ihrer endgültigen Haltung davon Abstand nehmen müssen, die Angelegenheit mit der Erklärung abzutun, Frankreich verfolge lediglich ein latentes Manöver. Die französische Regierung habe greifbare Vorschläge, die einen von der bisherigen deutschen Auffassung abweichenden Grundlag ausreichten. Frankreich sei im Gegensatz zu Deutschland der Ansicht, daß die Abrüstungsbestrebungen nicht zum Scheitern verurteilt seien. Es halte eine Rückkehr zur Vorkriegspolitik des „bewaffneten Friedens“ für gefährlich, weil sie zum Kriege führen müsse. Deutschland sei der Ansicht, daß man niemanden mehr auffordern solle, abzurufen, sondern die Rüstungsgleichheit nach oben herzustellen, während Frankreich sie nach unten wünsche. Da die französische Note den befreundeten Regierungen zur Kenntnisnahme übermittelt worden sei, werde die endgültige Haltung der Reichsregierung wesentlich durch die Berichte beeinflusst werden, die ihr von ihren diplomatischen Vertretern über die Aufnahme der Denkschrift zugehen. Die verschiedenen Großmächte hätten nunmehr die Pflicht, ihr Teil der Verantwortung zu übernehmen. Deutschland dürfe nicht vor einer gemeinsamen Front, die ihr eine Lösung aufzwingen würde, sondern bestünde sich inmitten von internationalen Verhandlungen. Die Reichsregierung habe nunmehr Gelegenheit, ihre Aufrichtigkeit zu beweisen, indem sie an der Aufhebung neuer europäischer Militärabkommen mitarbeitete. Wenn sie sich weigere, so übernehme sie damit allein die Verantwortung für die Rückkehr zum bewaffneten Frieden.

Das „Deuxième“ greift das Gerücht auf, wonach die so plötzlich erfolgte Ueberreichung der Note auf einen gewissen Druck verchiedener Mächte zurückzuführen sei, die noch in letzter Stunde hätten Änderungen anbringen wollen. Wenn dies zuträfe, so betont das Blatt, so habe die französische Regierung sehr richtig gehandelt. Ebenso wenig wie Frankreich einer Politik zustimmen dürfe, die den kleinen Mächten durch die Großmächte diktiert sei, ebenso wenig könne es zugeben, daß man ihm seine eigene Politik vorschreibe.

„L'Echo“ unterstreicht, daß die französische Regierung keine negative Haltung einnehme, sondern in ihrer Note einer gewissen Erhöhung der deutschen Streitkräfte zustimme, während Frankreich bereit sei, in gewissen Rahmen abzurufen. Es sei verfrüht, sich schon jetzt über die Aufnahme zu äußern, die die Denkschrift in amtlichen deutschen Kreisen finden werde. Es sei aber wahrscheinlich, daß auf die Reichsregierung von Rom und London ein Druck ausgeübt werde, damit sie ihre Forderungen herunterschraube. Hitler werde sich auf alle Fälle Zeit zur Ueberlegung lassen und erst das Ergebnis der Unterredung zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und Mussolini abwarten.

Der sozialistische „Populaire“ fordert die sofortige Veröffentlichung der Denkschrift. Man dürfe keine Geheimdiplomatie betreiben, sondern die Öffentlichkeit wolle wissen, wie der Wille des Volkes befolgt und durchgeführt werde.

Wie das „Echo de Paris“ behauptet, hatte die britische Regierung den Wunsch ausgesprochen, die Ueberreichung des Memorandums um einige Tage zu verzögern, um dem britischen Botschafter in Berlin noch die Möglichkeit zu lassen, mit Hitler weiter zu verhandeln. Diese Weiterverhandlung sollte die Hindernisse wegräumen, die nach Ansicht des britischen Botschafters die Fortführung des deutsch-französischen Meinungsaustausches hielten könnten. Die französische Regierung habe aber eine derartige Verzögerung nicht für opportun gehalten. Einerseits könnte die Meinung der Regierung und des Parlamentes nicht mehr geändert werden und andererseits sei die französische Forderung in so maßvoller und höflicher Form zugesprochen worden, daß niemand sich beleidigt fühlen könnte.

Der „Jour“ will im Zusammenhang mit der Ueberreichung der französischen Note in Berlin erfahren haben, daß die Unterredung zwischen dem französischen Botschafter einerseits und dem Führer und dem Reichsaußenminister v. Neurath andererseits in Deutschland einen ungünstigen Eindruck hinterlassen habe.

Der Kulturbolschewist

A. Lunatscharski, der zwölf Jahre lang als Volkskommissar für Unterricht der Sowjetregierung angehört hat, ist auf fremdem Boden, wo er Heilung seiner Krankheit gesucht hat, gestorben. Mit seinem Namen ist die gewaltige kulturelle Umwälzung verknüpft, die Rußland seit der Revolution von 1917 durchgemacht hat — eine Kulturumwälzung, die mit der Philisterphrase vom „Kulturbolschewismus“ nicht abzutun ist.

Jede große Revolution ist von der Gefahr der Bilderstürmerei bedroht — der blindwütigen Zerstörung alter Kulturgüter aus dem Glauben, daß alles Alte vernichtet werden müsse, damit die Revolution eine neue Kultur schaffen könne. Die große russische Revolution ist von dieser Gefahr so wenig verschont geblieben wie die große englische Revolution des siebzehnten, die große französische des achtzehnten Jahrhunderts. Der Mann aber, der sich dieser Gefahr vom ersten Tage an entgegen gemorfen hat, war Lunatscharski. Er hat einmal in einer Abhandlung über Dostojewski geschrieben, daß die Revolution mit all den großen Dichtern des alten, des zarischen Rußland auch den Dichter der gegenrevolutionären „Dämonen“ zwingt, ihren Rad zu legen. Selbst Kulturhistoriker und Dichter, hat er es als seine erste Aufgabe begriffen, die überlieferten Kulturwerte durch die soziale Revolution hindurchzuretten und sie, deren Genuß vordem ein Privileg Weniger gewesen war, dem ganzen Volke als sein Erbe zu vermitteln. In der Zeit des Bürgerkrieges war er es, der die großen Kunstschätze Rußlands vor der Zerstörung gerettet, große Dichter und Gelehrte in der Zeit der Hungersnot vor dem Hungertod bewahrt hat. Und was er gerettet hatte, das wurde wirklich zum Erbe des Volkes. Er hat die Kunstschätze aus den kaiserlichen Sammlungen und aus den Schlössern der Aristokraten in neugeordneten Museen vereinigt und es verstanden, das Interesse der Arbeiter, selbst der Bauern für seine Sammlungen zu wecken; nirgends in der Welt sind die Schätze der Museen so volkstümlich geworden wie in Rußland. Er hat die russischen Theater- und Konzertsäle den Arbeitern geöffnet; nirgends in der Welt sind Theater- und Konzertsäle so von Arbeitern und Arbeiterfrauen gefüllt wie in Moskau, in Leningrad, in Charkow. Das italienische Dopo Lavoro und seine Nachahmung, die jetzt in Deutschland versucht wird, sind armselige Kopien seines großen Versuches, dem Arbeiter am Feierabend die höchsten Kunstschätze zu erschließen.

Aber wenn er Altüberliefertes dem neuen Rußland gerettet und den Massen zugänglich hat, so lag seine eigentliche Leistung doch in der schöpferischen Arbeit an neuem Kulturgut. In Rußland galt es zuerst, den Analphabetismus zu liquidieren. Das erforderte nicht nur die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, die das zarische Rußland nicht gekannt hatte; an sich schon eine Leistung von unternehmerischer Schwere, da es vorerst galt, Tausende neuer Schulgebäude zu bauen, Zehntausende junger Lehrer heranzubilden. Aber damit nicht genug, stürzte er sich in den Kampf gegen den Analphabetismus der Erwachsenen. Es ist einer kunstvollen Propaganda gelungen, nicht nur in jede Fabrik, sondern auch, was ungleich schwieriger war, in jedes Dorf die Ueberzeugung zu bringen, daß es jetzt, in dem neuen Rußland, unerlaubte Schande sei, nicht lesen und schreiben zu können, und dank dieser Propaganda Millionen Männer und Frauen, jüngere und ältere, am Feierabend in die Volkshochschulen zu führen, die ihnen die elementarste Bildung vermittelten. In keinem Lande der Welt ist jemals der Massenanalphabetismus in so wenigen Jahren überwunden worden, wie in dem revolutionären Rußland. Und über dieses Gebäude der Elementarbildung wurde nun ein ganz neues System des mittleren und höheren Bildungswesens aufgebaut. Das Neue daran ist vor allem, daß das alte Bildungsprivileg der besitzenden Klassen völlig zerbrochen worden ist, der Nachwuchs an Mittelschülern und Studenten zu mehr als neun Zehnteln aus Arbeiter- und Bauernsöhnen rekrutiert wurde. Kein Zweifel, dieses ganze neue System des russischen Schulwesens hat seine empfindlichen Rängel. Man hat im revolutionären Sturm allzu häufig

Leipzig Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Aus dem Inhalt

Dimitroffs Schicksal
Seite 2

Saackampff 1934
Seite 2

Auf dem Hund
Seite 4

Auch die Ugcrofelteen
Seite 5

Und Oesterreich?
Seite 7

Nummer 1 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Dienstag Mittwoch, 2. 3. Jan. 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Simon bei Mussolini

Die Besprechungen in Rom - Französische Note in Berlin - Nur geringe Aussichten auf Verständigung

London, 2. Jan. Wie Reuters aus Rom meldet, wird Sir John Simon heute abend in der italienischen Hauptstadt ein-treffen, und am Mittwoch dürfte er mit Mussolini zusammentreffen. Er beabsichtigt, am Freitag die Heimreise anzutreten.

In Rom zeigte sich die Reizung, so heißt es in der Meldung weiter, dem Besuch keine übertriebene Wichtigkeit beizumessen. Dieses Zusammentreffen mit Mussolini werde vor allem der Klärung der beiderseitigen Auffassungen über die Stöckung der Abrüstungsverhandlungen und wahrscheinlich auch über den Völkerbund dienen. Gerüchte über das Bestehen einer Viermächtekonferenz seien haltlos.

Wenig Hoffnung

Rom, 2. Jan. Die italienische Presse läßt, wie während des mehrstägigen Aufenthaltes von Sir John Simon auf Capri zurückhaltend in der Beurteilung der Gespräche, die morgen zwischen Simon und Mussolini beginnen sollen. Man unterstreicht stark den informatorischen Charakter des englischen Besuches. Sowohl Italien wie England komme eine gewisse Vermittlerrolle zu, und man könne damit rechnen, daß die Unterhaltung der beiden Staatsmänner einige Klärung bringen werde. Wie aber die entschiedene Forderung Italiens auf baldige Reform des Völkerbundes mit der ebenso entschiedenen ablehnenden Haltung Frankreichs in Einklang gebracht werden soll, wird nirgends angedeutet. Die über-raschend schnelle Ueberreichung der französischen Note in Berlin führt man vielfach darauf zurück, daß Paris von den Gesprächen zwischen Simon und Mussolini eine Störung seiner diplomatischen Aktion in Berlin befürchtete und daher eine vollzogene Tatsache schaffen wolle. Von einem Optimismus über die Ergebnisse der Unterhaltungen in Rom und das Schicksal der Abrüstungskonferenz ist jedenfalls kaum etwas zu spüren.

Francois-Poncet eilig

Frankreichs feste Haltung

Berlin, 2. Jan. Die Reichsregierung hatte damit gerechnet, daß der französische Botschafter Francois-Poncet erst am 5. oder 6. Januar die ihm von Paul-Boncour über-gebenen schriftlichen Instruktionen überreichen werde. Daß er schon für den 4. Januar nach den Neujahrsfeierlichkeiten um einen Empfang nachsuchte, entsprach einer Anweisung, die ihm von Paris gegeben worden ist und für die Reichs-regierung überraschend kam. Das von Francois-Poncet über-gebene Aide Memoire legt die Haltung Frankreichs in der Abrüstungsfrage genau fest und läßt keinen Zweifel darüber, daß Frankreich nur gewillt ist, im Rahmen von Genf und sachlich dort wo am 14. Oktober durch den Austritt Deutsch-lands die Beratungen abgebrochen worden sind, die Ber-

„Greifbare Vorschläge“

Die französische Presse

Paris, 2. Jan. Nach der Ueberreichung der französischen Antwortnote in Berlin verhält sich die Pariser Presse noch stark zurückhaltend. Von den großen Informationsblättern nimmt nur der „Petit Parisien“ Stellung und setzt sich mit der Aufnahme auseinander, die die französischen Vor-schläge, soweit sie bisher bekannt sind, in der deutschen Öffentlichkeit gefunden haben.

Die Reichsregierung, so betont das Blatt, werde bei der Festhaltung ihrer grundsätzlichen Haltung davon Abstand nehmen müssen, die Angelegenheit mit der Erklärung abzutun, Frankreich verfolge lediglich ein latentes Manöver. Die französische Regierung habe greifbare Vor-schläge, die einen von der bisherigen deutschen Auffassung abweichenden Grund-satz anrechterhalten. Frankreich sei im Gegensatz zu Deutschland der Ansicht, daß die Abrüstungsabredungen nicht zum Scheitern verurteilt seien. Es halte eine Rückkehr zur Vorkriegspolitik des „bewaffneten Friedens“ für gefährlich, weil sie zum Arise führen müsse. Deutschland sei der Ansicht, daß man niemanden mehr auffordern solle, abzu-rücken, sondern die Rüstungsgleichheit nach oben herstellen solle, während Frankreich sie nach unten wünsche. Da die französische Note den befreundeten Regierungen zur Kenntnisnahme übermittelt worden sei, werde die grundsätzliche Haltung der Reichsregierung wesentlich durch die Berichte be-einflusst werden, die ihr von ihren diplomatischen Vertretern über die Aufnahme der Denkschrift zuzunehmen. Die vertrie-benen Großmächte hätten nunmehr die Pflicht, ihr Teil der Verantwortung zu übernehmen. Deutschland stehe nicht vor einer gemeinsamen Front, die ihr eine Lösung auszuhandeln wolle, sondern befände sich inmitten von internationalen Ver-handlungen. Die Reichsregierung habe nunmehr Gelegenheit, ihre Aufrichtigkeit zu beweisen, indem sie an der Auf-stellung neuer europäischer Militärabreden mitarbeite. Wenn sie sich weigere, so übernehme sie damit allein die Verantwortung für die Rückkehr zum bewaffneten Frieden.

Das „Deuivre“ greift das Gerücht auf, wonach die so plötzlich erfolgte Ueberreichung der Note auf einen ge-wissen Druck verschiedener Mächte zurückzuführen sei, die noch in letzter Stunde hätten Abänderun-gen anbringen wollen. Wenn dies zuträfe, so betont das Blatt, so habe die französische Regierung sehr richtig gehan-delt. Ebenso wenig wie Frankreich einer Politik zustimmen dürfe, die den kleinen Mächten durch die Großmächte diktiert sei, ebenso wenig könne es zugeben, daß man ihm seine eigene Politik vorschreibe.

„L'Espresso“ unterstreicht, daß die französische Regierung keine negative Haltung einnehme, sondern in ihrer Note einer gewissen Erhöhung der deutschen Streitkräfte zustimme, während Frankreich bereit sei, in gewissem Rahmen abzu-rücken. Es sei verfrüht, sich schon jetzt über die Aufnahme zu äußern, die die Denkschrift in amtlichen deutschen Kreisen finden werde. Es sei aber wahrscheinlich, daß auf die Reichsregierung von Rom und London

Der Kulturbolschewist

A. Lunatscharski, der zwölf Jahre lang als Volks-kommissar für Unterricht der Sowjetregierung angehört hat, ist auf fremdem Boden, wo er Heilung seiner Krank-heit gesucht hat, gestorben. Mit seinem Namen ist die gewaltige kulturelle Umwälzung verknüpft, die Rußland seit der Revolution von 1917 durchgemacht hat — eine Kulturumwälzung, die mit der Philisterphrase vom „Kulturbolschewismus“ nicht abzutun ist.

Jede große Revolution ist von der Gefahr der Bilder-stürmerei bedroht — der blindwütigen Zerstörung alter Kulturgüter aus dem Glauben, daß alles Alte vernichtet werden müsse, damit die Revolution eine neue Kultur schaffen könne. Die große russische Revolution ist von dieser Gefahr so wenig verschont geblieben wie die große englische Revolution des siebzehnten, die große franzö-sische des achtzehnten Jahrhunderts. Der Mann aber, der sich dieser Gefahr vom ersten Tage an entgegen gemorfen hat, war Lunatscharski. Er hat einmal in einer Abhand-lung über Dostojewski geschrieben, daß die Revolution mit all den großen Dichtern des alten, des zarischen Rußland auch den Dichter der gegenrevolutionären „Dämonen“ zwingt, ihren Pfad zu legen. Selbst Kulturhistoriker und Dichter, hat er es als seine erste Aufgabe begriffen, die überlieferten Kulturwerte durch die soziale Revolution hindurchzuretten und sie, deren Genuß vordem ein Privileg Weniger gewesen war, dem ganzen Volke als sein Erbe zu vermitteln. In der Zeit des Bürgerkrieges war er es, der die großen Kunstschätze Rußlands vor der Zer-störung gerettet, große Dichter und Gelehrte in der Zeit der Hungersnot vor dem Hungertod bewahrt hat. Und was er gerettet hatte, das wurde wirklich zum Erbe des Volkes. Er hat die Kunstschätze aus den kaiserlichen Sammlungen und aus den Schlössern der Aristokraten in neugeordneten Museen vereinigt und es verstanden, das Interesse der Arbeiter, selbst der Bauern für seine Samm-lungen zu wecken; nirgends in der Welt sind die Schätze der Museen so volkstümlich geworden wie in Rußland. Er hat die russischen Theater- und Konzertsäle den Arbeitern geöffnet; nirgends in der Welt sind Theater- und Konzertsäle so von Arbeitern und Arbeiterfrauen gefüllt wie in Moskau, in Leningrad, in Charkow. Das italienische Dopo Lavoro und seine Nachahmung, die jetzt in Deutschland versucht wird, sind armselige Kopien seines großen Versuches, dem Arbeiter am Feierabend die höch-sten Kunstschätze zu erschließen.

Aber wenn er Altüberliefertes dem neuen Rußland ge-rettet und den Massen zugeeignet hat, so lag seine eigen-tliche Leistung doch in der schöpferischen Arbeit an neuem

Pädagogisch-didaktische Neuerungen versucht, von denen manche wieder rückgängig gemacht werden mußten; aber das Prinzip der Arbeitsschule, der fruchtbarsten Verknüpfung geistiger und manueller Arbeit ist dort vollkommener durchgeführt als sonst in aller Welt. Man hat insbesondere seit der Inangriffnahme des ersten Fünfjahresplanes die Dauer der Ausbildungszeit von Ingenieuren und Chemikern, Landwirtschaftsbeamten, Ärzten und Lehrern überaus verkürzt, um den dringenden Bedarf nach qualifizierten „Spezialisten“ befriedigen zu können, und hat darum die theoretische Ausbildung zugunsten des praktisch unmittelbaren Anwendbaren, die allgemeine Bildung zugunsten des Spezialwissens allzusehr zurückgedrängt — Mängel, die sich auch in der Praxis sehr fühlbar machen und, wenn das Entwicklungstempo erst weniger fieberhaft sein wird, zu berichtigen sein werden. Aber alles in allem, ist es doch eine gewaltige Leistung, die der Sowjetrepublik in erstaunlich kurzer Zeit eine neue, aus den Volksmassen hervorgegangene Intelligenz herangebildet hat.

Zugleich ist aber unter Lunatscharew's Führung das ganze Schulwesen der Sowjetunion auch national differenziert worden. Lenins Nationalitätenpolitik hatte ja mit der alten Russifizierungspolitik des Zarenismus völlig gebrochen, jedem der hundert Völker der Sowjetunion freie Entwicklung seines Schulwesens und seiner Kultur in ihrer Volkssprache verbürgt. Da galt es nun, nicht nur für Ukrainer und Weißrussen, für Deutsche und Tataren, für Georgier und Armenier, für unzählige kleinere Volksstämme nationale Schulen zu errichten, Lehrer in der Volkssprache heranzubilden. Da galt es vielmehr, ganzen Völkern ein Alphabet, das sie noch nicht gehabt, Anfänge einer nationalen Kultur erst zu schaffen. Auf der Grundlage des lateinischen Alphabets, nicht des russischen, sind für Duzende Völker die ersten Schulbücher geschrieben und gedruckt, die ersten Zeitungen geschaffen, die ersten literarischen Werke in Druck gelegt worden.

Und mit diesem gewaltigen Aufbau des Volksbildungswesens verknüpfte Lunatscharew seine Sorge um die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung, der er in Akademien und Instituten neue wichtige Stätten schuf, und, was ihm noch mehr am Herzen lag, um die Kunst. Hier freilich waren die Hemmungen, die aus der Diktatur hervorgingen, am größten. Denn Wissenschaft und Kunst gedeihen nur in Freiheit. Und es liegt im Wesen jeder Diktatur, ihre Freiheit zu beschränken. Da hat auch Lunatscharew zeitweise gesündigt. So hat er anfangs hypermoderne Kunstströmungen protegiert und beinahe monopolisiert, die dem überfüllten Geschmack von Literaten, nicht dem Geschmack aufsteigender Volksmassen entsprachen. Aber er war allzusehr Kulturmenschen, um jene Erzfesse, die von andern begangen worden sind, zu begünstigen. Gegen die Versuche, den Philosophen der russischen Universitäten eine förmliche Staatsphilosophie vorzuschreiben und von oben her Änderungen der zu lebenden Philosophie zu dekretieren, sobald die Macht haben um der Agrarpolitik willen Bucharin verstoßen hatten und deswegen mit einmal auch seine Philosophie für heftig erklärt, gegen den Rückfall in scholastische Methoden, die experimentell zu entscheidende Fragen der Naturwissenschaft mit der Berufung auf Engels-Zitate aus den achtziger Jahren entscheiden zu können glaubten, gegen ein Bananentum, das den Dichtern die geistige Förderung des Fünfjahresplanes vorschrieb und die Beschäftigung mit allen andern Menschheitsproblemen als Kleinbürgerei verwarf — gegen all das hat sich sein Kulturverständnis gewehrt. Das war es zum Teil, was ihn zeitweilig mit der stählernen Diktatur Stalins, die das geistige Leben ebenso beherrschen zu können glaubte, wie Industrieaufbau und Getreideaufbringung, in Konflikt brachte.

Der demokratische Sozialismus ist für die Gebrechen und Gefahren der russischen Kulturentwicklung nicht blind. Wir, deren Ziel, um mit Marx zu reden, die Verwandlung jeder Gesellschaft in einen „Berein freier Menschen“ ist, wissen sehr wohl, wie gefährlich es ist, das Geistige, das Weltanschauliche, das die Sphäre der Freiheit des einzelnen bleiben muß, in die Fesseln einer Diktatur zu pressen. Aber will sich der Bürger in Mitteleuropa über all das in der russischen Kulturumwälzung, was durch die Diktatur bestimmt ist, in einer Zeit entrüsten, in der von Hamburg und Kiel bis Neapel und Palermo alles Geistige, alles Weltanschauliche in die Fesseln faschistischer Diktaturen geschlagen ist? Ach ja, wir kennen alle die Verirrungen einer Kulturentwicklung, die in der Fieberhitze einer revolutionären Diktatur rüchständige Analphabetenvölker in wenigen Jahren zu europäischer Technik und europäischer Bildung zu führen versucht; aber ist es nicht doch etwas Gemaltes, daß dort die ganze Jugend eines Landes mit hundertechnig Millionen Einwohnern mit unerhörtem Verneiser, unerhörtem Heißhunger nach der Wissenschaft, höchstem Respekt vor der Wissenschaft erfüllt worden ist in einer Zeit, in der man die Jugend des „Volkes der Dichter und Denker“ lehrt, „Vernunft und Wissenschaft“ zu mißachten und nur dem Instinkt, dem Blut, dem Mythos zu vertrauen? „Kultur Bolschewismus“? Ach ja, aber was hat die kulturimide kapitalistische Welt der Nachkriegszeit der Liquidierung des Analphabetentums binnen wenigen Jahren, der Öffnung der mittleren und hohen Schulen für die Söhne der Arbeiter und Bauern, der Theater-, Konzertsäle und Museen für das Volk, der Schaffung junger nationaler Kulturen für Duzende bisher geschichtsloser Völker entgegenzusetzen? (Wiener „Arbeiter-Zeitung“.)

Kaiser der Mandchurei?

Ein Anwärter auf den Drachenthron

Paris, 2. Jan. Nach einer Meldung der „Chingager Tribune“ aus Dairen wird der frühere Kaiser von China und jetzige Präsident der Mandchurei Pu-ai am 1. März zum Kaiser der Mandchurei gekrönt werden. Pu-ai, der im 27. Lebensjahre stirbt, soll, der gleichen Meldung zufolge, seine Herrschaft über Nordchina ausüben und, wenn möglich, den Drachenthron von Peking bestiegen. Er war im Alter von drei Jahren, im Jahre 1908, Kaiser von China geworden, mußte aber 1911 abdanken. 1927 wieder auf den Thron erhoben, trat er neun Tage später zurück. Seit 1929 ist der Kaiser Präsident der Mandchurei. Die Regierung soll die Einzelheiten der Krönung geheimhalten und die Presse angewiesen haben, jede Anspielung auf die Wiederherstellung der Monarchie zu unterlassen.

Um Dimitroffs Schicksal

Die vier Freigesprochenen in Lebensgefahr — Internationale Befreiungsaktion — Zweideutige Haltung der deutschen Behörden

Wie wir erfahren, werden die bekannten Persönlichkeiten Englands, die in Berlin zu Gunsten Dimitroffs, Popoff's und Taness's tätig sind, bei den deutschen zuständigen Stellen erneut vorkestellt werden.

Paris, 31. Dez. (Inprek.) Der berühmteste französische Schriftsteller Andre Gide und der hervorragende Romancier der französischen Nachkriegsgeneration, Andre Malraux — Träger des Goncourt-Preises von 1933 —, begeben sich im Flugzug nach Berlin, um von der deutschen Regierung die unverzügliche Freilassung der im Reichstagsbrandprozeß freigesprochenen Dimitroff, Torgler, Popoff und Taness zu fordern.

Die deutschen Behörden weigern sich beharrlich, präzise Informationen darüber zu geben, welche Absichten bezüglich der weiteren Behandlung der Freigesprochenen bestehen.

Anlässlich einer Intervention hat der Leipziger Polizeipräsident Arose erklärt, daß er keinerlei Instruktionen seitens der vorgesetzten Behörde habe, daß aber seiner Meinung nach nicht solche Instruktionen zu erwarten seien, daß die freigesprochenen Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taness abgeschoben würden. Vielmehr würden sie seiner Meinung nach einer anderen Behörde zur Weiterbehandlung des Falles übergeben werden.

In diesen wenig verhüllten Worten kündigt der Leipziger Polizeipräsident neue Maßnahmen gegen die Freigesprochenen an, die befürchten lassen, daß die Hitlerregierung und besonders Göring — die unschuldigen und freigesprochenen Antifaschisten in ihren Klauen behalten und doch noch er-mordet lassen will.

Der Münchener Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt seinem Blatt mit, daß ihm im Münchener Braunen Haus folgendes erklärt wurde: Um Behauptung (wie das im Reichstagsbrandprozeß) in Zukunft zu vermeiden, hat der Reichsjustizkommissar Frank Schritte eingeleitet, das Justizverfahren zu reorganisieren.

Es sei, berichtet der Korrespondent aus seiner Besprechung im Braunen Haus weiter, unmöglich, zu einem „korrekten Urteil“ ohne außergerichtliche Hilfe zu kommen. Dem neuen Gericht werde ein Beirat von Nazi-Juristen beigegeben, dessen Vorsitzender ernannt werde. Der Beirat habe nicht das Recht, zu intervenieren. Ihm liege die Aufgabe zu, den Präsidenten des Gerichtshofs vor Fällung des Urteils zu „beraten“.

Mussolinis Neujahrsgedanken

Schicksal des Völkerbundes

Dub. Mailand, 2. Jan. Der „Popolo d'Italia“ veröffentlicht einen „Das Jahr 1934“ überschriebenen Aufsatz Mussolinis. 16 Jahre nach dem Weltkriege, so schreibt der italienische Staatschef, müsse nun endlich die Erbschaft des Krieges liquidiert und das Werk des Aufbaues begonnen werden. Aber die internationale Lage sei dem Aufbau nicht günstig. Der Völkerbund stehe auf dem Spiele. Entweder werde er reformiert, oder er gebe unter. Italien wolle eine ständige Zusammenarbeit der Großmächte, damit auch eine friedliche Entwicklung der kleineren Staaten garantiert sei. Denn diese müßten nicht die Eintracht, sondern die Zwietracht unter den Großmächten fürchten.

Zur Abrüstungsfrage schreibt Mussolini, daß die Anstrengungen der Abrüstungskonferenz bisher vergeblich gewesen seien.

Europa und die ganze übrige Welt müßten von vorn anfangen, wenn sie zu bestimmten Ergebnissen kommen wollten. Sollte der Völkerbund wirksam werden, dann müßten zwischen den Völkern mit widerstreitenden Interessen Abkommen geschlossen werden. Bringt das Jahr 1934 diese Abkommen nicht, so werde man höchstwahrscheinlich zu dem alten System des Gleichgewichts unter den Mächten zurückkehren. Schon bildeten sich heute Allianzen für den Fall, daß der Völkerbund eingebe.

Englischer Protest

Schacht schädigt Deutschlands Interessen

Berlin, 2. Januar. Nachdem die englische Regierung in den letzten Wochen schon zweimal wegen der betrügerischen Finanzpolitik der Reichsbank zum Schaden der britischen Gläubiger Einspruch erhoben hatte, ist der britische Botschafter nun noch einmal, und zwar sehr energisch, bei der Reichsregierung vorgegangen. Er hat angekündigt, daß die britische Regierung Vergeltungsmaßnahmen finanzieller und wirtschaftlicher Natur erwäge.

Jakob Wassermann

Auf seiner Besichtigung in Alt-Russe in Steiermark ist am Samstag Jakob Wassermann an einem Herzschlag plötzlich gestorben.

Mit diesem Manne starb mehr als ein deutscher Dichter und ein deutscher Jude. Seine großen Romane, immer mit Spannung erwartet, in gewaltigen Auflagen gelesen, bargen das geistige Erlebnis einer Epoche. Im Laub der Vergangenheit und in den gesellschaftlichen Tatsachen von heute, die Wassermann mit unvergleichlicher feeltischer Einfühlungsvermögen gestaltete, lebten die humanitären Ideale, die bis zur Schwelle des „dritten Reiches“ ein Wesensinhalt deutscher Bildung waren. Durch die Vielfalt ihrer Figuren und durch die Summe ihrer Erlebnisse zeugen seine Bücher für den deutschen Geist noch in dem Augenblick, wo sie auf dem Scheiterhaufen verbrennen oder kraft des arischen Index aus allen öffentlichen Bibliotheken entfernt werden.

Schon im März hat Wassermann, der aus Franken stammte, seine deutsche Heimat verlassen. Er hat die Tragik der Emigration härter erlebt, als andere deutsche Schriftsteller jüdischer Abkunft. Aus seinen Büchern war zu erkennen, wie stark dieser Dichter von der Verantwortung ergriffen wurde, die ihm vom deutschen Kulturbesitz auferlegt worden war. Er war Deutscher im Geist und im Willen um deutsche Geschichtlichkeit, aber auf der Schwelle des Alters wurde er belehrt, daß es die Güte und Verführbarkeit im menschlichen Lebenskreise nicht gab, an die er

Wohin?

„Times“ schreibt über die Frage, in welche Länder Dimitroff, Popoff und Taness etwaig abgehoben werden könnten: „Die polnische Regierung wird wahrscheinlich die Durchreise nach Rußland gestatten. Es ist ebenfalls möglich, daß Frankreich die Einreise erlaubt.“

Die tschechische Regierung hat erklärt, daß sie weder Dimitroff, noch Popoff und Taness das Betreten tschechoslowakischen Gebietes gestatten würde.

New York, 1. Januar. Die Civil Liberties Union hat in einem Telegramm an den Reichsminister Fried die sofortige Freilassung von Dimitroff, Popoff und Taness sowie Garantien für die Sicherheit ihres Lebens bis zum Verlassen Deutschlands über eine Grenze nach ihrer Wahl verlangt.

Mutter und Braut

Keine Antwort!

Die Mutter Dimitroffs und die Braut Tanesss haben das Reichsinnenministerium telegrafisch gebeten, den Tag der Freilassung der drei Bulgaren bekanntzugeben. Eine Antwort erhielten die beiden Frauen bisher nicht.

Wie lange noch?

Van der Lubbe fragt

Leipzig, 31. Dez. (Inprek.) Van der Lubbe, in der Zelle des Polizeigefängnisses in Leipzig, spricht nur mit seinem Wärter. Ein Stück Weihnachtsstuden, das ihm der Wärter brachte, weigerte er sich anzunehmen mit der Bemerkung: „Wie lange soll das noch dauern?“ Der Wärter informierte ihn über die Schritte der holländischen Regierung, die zu seinen Gunsten unternommen worden sind.

In regierungsoffiziösen Kreisen ist die Ansicht geäußert worden, es sei nicht ausgeschlossen, daß ein neuer Prozeß gegen die Bulgaren angestrengt werde. Hitler selbst soll entscheiden, was gegen die Freigesprochenen unternommen werden soll.

unverrückt glaubte. Er starb als ein tief Enttäuschter, zu leicht gänzlich Schmelgender, trauernd um die Schöpfung seines Lebens und die Vernichtung der Ideen, denen seine unermüdetlich fleißige und zugleich schwere Feder diente.

Vor wenigen Wochen starb der um fünf Jahre ältere Stefan George. Es gibt keinen ardhieren Gegenpart als den zwischen diesen beiden Toten. Stefan George lächelte sich auf seinem erhabenen Thron im Reiche der dichterischen Verszauberung weitab vom Getriebe der bunten und verworrenen Wirklichkeit. Jakob Wassermann entnahm gerade ihr seine Probleme und Gestalten, besaßen von Rechtsgefühlen und vom Glauben an die Menschen.

Menschenwürde und Rechtsidee: diese Inbegriffe deutscher Humanität haben mit diesem Dichter und Romanschreiber sehr viel verloren. Sie atmeten in jeder Zeile, die er schrieb; sie bleiben lebendig und fördernd, auch an seiner Bahre. Jenes Deutschland, das wir zu lieben nicht aufhören, trauert um Jakob Wassermann. a. b.

Jakob Wassermanns bekanntesten Romane: „Die Juden von Birndorf“, „Das Gänsemännchen“, „Christian Wahnschaffe“, „Der Fall Mauritius“, „Egel Andergast“, „Christof Columbus“.

Das Neueste

Am Sonntag brach in einem Lichtspieltheater von Billesjuis in Frankreich während einer Kinder-Vorstellung in der Kabine des Operateurs Feuer aus. Die 300 Kinder im Saal verbrachten, von Panik ergriffen, die Ausgänge zu gewinnen. Der Brand konnte mühelos gelöscht werden. Bei dem Gedränge wurden drei Kinder schwer verletzt.

Von der Sowjetamtlichen Telegrafien-Agentur werden nunmehr die Grundzüge des zweiten Fünfjahresplans veröffentlicht.

Der Jagdpächter Josef Gradnitzer und sein Bruder Anton Gradnitzer aus Saarg in Oesterreich werden seit Samstag in der Rudnertal vermisst. Eine Rettungsexpedition ist am Neujahrstag abgegangen. Man nimmt an, daß die beiden Vermissten durch eine Lawine tödlich verunglückt sind.

In der Nähe von Lublin in Polen gerieten drei betrunzene Musikanten unter einen fallenden Zug. Zwei von ihnen wurden getötet, der dritte erlitt schwere Verletzungen.

„Savas“ meldet aus Bukarest, gestern Abend sei das Gerücht verbreitet gewesen, daß der rumänische Außenminister Titulescu zurückgetreten sei. Von der händiger Seite war weder eine Bestätigung noch ein Dementi zu erlangen.

Im Zusammenhang mit der Verhängung des Ver-lagerungs-zuhandes in Rumänien ist ein allgemeines Waffen- und Uniformverbot erlassen worden.

Große Ueberschwemmungen

175 Todesopfer

Schätzungsweise haben etwa 175 Personen bei den Ueberschwemmungen in Kalifornien und bei Neujahrstagen den Tod gefunden.

Dub. Los Angeles, 2. Jan. Ungewöhnlich starke Regenfälle haben mehrere Ortsteile in Kalifornien von heftigem Regen überflutet. Eisenbahnlinien, Straßen und elektrische Kabel wurden durch die Fluten zerrissen und zerstört. Nach bisher aus den Bezirken Montrose und Pacescenta vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der Toten und Vermissten dort 100. Hunderte sind obdachlos. Viele Personen sind verletzt worden.

Saarkampf 1934!

Das entscheidende Jahr im Völkerbundsgebiet beginnt - Vertrauenskundgebung für den Führer der deutschen Freiheitsfront Max Braun - Richtlinien deutscher und europäischer Politik - Saarländische Wirtschaftsfragen

Ehe noch das denkwürdige Jahr 1933 zu Ende ging, trafen sich die Delegierten der Sozialdemokratischen Landespartei des Saargebietes am Sonntag zu Saarbrücken zu einer Konferenz. Es fehlte kaum einer der treuen Funktionäre der Partei. Obwohl es nicht in ihrer Absicht lag, wurde die Konferenz zu einer bedeutsamen politischen Kundgebung angefaßt der Kämpfe und der Entscheidungen des kommenden Jahres.

Terror und kein Ende

Ehe noch die Verhandlungen begannen, teilte der Vorsitzende Max Braun mit, daß der Sekretär des Verbandes der Bergbau- und Industriearbeiter Paul Hoffmann, St. Wendel, am 27. Dezember in Birkenfeld verhaftet worden sei. Er wollte hier einige wirtschaftliche Angelegenheiten der Verbandstätigkeit erledigen. Wie der ihn vernehmende Assessor selber zugab, lag nicht das geringste Material gegen ihn vor. Der Verdacht, daß Hoffmann Marxist und ein Gegner des „dritten Reichs“ sei, genügte vollkommen, um den aus dem Saargebiet stammenden und anlässigen Freund ins Gefängnis zu bringen. Mit dieser Empörung nahmen die Delegierten Kenntnis von diesem neuen Beweis des braunen Terrors. Ein Protest gegen die Verhaftung ist bereits der Regierungskommission angeleitet worden.

Die braune Schlammlut

Die dreifachen Behauptungen des deutschen Rundfunks gegen Max Braun, die von einem Teil der deutschen Presse mit großer Aufmerksamkeit wiedergegeben worden sind, waren dann Gegenstand einer längeren Aussprache. Max Braun selber bekräftigte noch einmal seine bereits veröffentlichte Erklärung, daß die Behauptung, er habe 470.000 Fr. die für die „Volksstimme“ bestimmt gewesen seien, in die eigene Tasche gehackt, eine niederträchtige Verleumdung sei. Sie gebe und einen Vorgeschmack, welchen Schmutz unsere Gegner für die kommenden Kämpfe bereithielten. Es liege Methode darin: von der Achtung und Verleumdung zum Attentat und dann zur Verhaftung, man habe sich persönlich bereichert, führe eine Linie. Auch eine geringere Summe als die genannte, wie in verschiedenen deutschen Zeitungen behauptet wird, komme selbstverständlich nicht in Frage.

Welche Gefühle die Rundfunkangriffe gegen Max Braun auslösen, bewies eine längere, sehr leidenschaftlich geführte Debatte. Jeder der Redner erklärte, daß man sich nur mit Ekel und Abfassen von derartigem Schmutz abwenden könne. Solche Eigenmeldungen würden nur dazu führen, daß sich die Reihen der Freiheitsfront enger als bisher schließen würden. Der Geschäftsführer Klopfer erklärte, daß die Behauptungen des deutschen Rundfunks und der Hitler-Presse unwahr und alibi erfunden sind und daß sowohl die Berichte über die Gesellschaftsführung vom 11. 12. wie die von den Pariser Kreisen haltlose Erfindungen seien. Einmütig wurde folgender Entschluß gefaßt:

„Die Konferenz der Sozialdemokratischen Landespartei des Saargebietes hat mit großer Entschlossenheit Stellung genommen zu den niederträchtigen

Diffamierungsversuchen des hitleramtlichen Rundfunks und der Hitlerpresse gegen den Vorsitzenden der Partei Max Braun. Der Kongress weist die Verleumdungen in heller Empörung zurück und spricht Max Braun sein uneingeschränktes Vertrauen und seinen Dank für die bisher geleistete vorbildliche und opferreiche Arbeit aus. Im übrigen geht er über die schmutzigen Anwürfe gegen seinen Führer zur Tagesordnung über.“

Die Delegierten nahmen dann unter gespanntester Aufmerksamkeit ein Referat vom Genossen Georg Stein über die weltpolitische Situation unter besonderer Berücksichtigung der Saarprobleme entgegen. Es ist schwer, mit einigen Sätzen eine Aushauung von der Breite des Gesichtsfeldes zu geben, womit sich die Ausführungen Steins hoch erhoben über den Begriff und den Inhalt eines bloßen Referats. Dem Stein zeigte die Problematik des Versailler Vertrags unter dem Gesichtspunkt, daß all die Staaten, die er dauernd oder vorübergehend geschaffen habe, durch ihn keine Garantien für ihre bisherigen wirtschaftlichen Verbindungen und Verschlingungen erhalten hätten.

Stein machte nun deutlich, daß hier auch für das Saargebiet eine entscheidende Frage entstehe, die bisher viel zu wenig erörtert worden sei. Unzweifelhaft fühlten sich die Bewohner als Deutsche. Sie sind sprachlich und kulturell mit Deutschland verbunden und bleiben es. Es könne, so sagte Stein, auch für das Saargebiet wie für alle Grenzgebiete nur eine Lösung geben: bei Erhaltung ihrer kulturellen Lebensformen gleichzeitig ihre bisherigen wirtschaftlichen Verschlingungen zu sichern und einen Ausgleich zu schaffen. Die Statistik erweise, daß durch die beiderseitige Begünstigung die das Saargebiet erfordere, verhältnismäßig die wirtschaftliche und soziale Situation an der Saar heute nicht unerheblich besser sei als in Deutschland.

Ein solcher Ausgleich aber, der zugleich dem europäischen Frieden diene, sei mit dem „dritten Reich“ nicht zu schaffen. Sein Verlangen nach Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage wie dem Willen zur eigenen Aufrüstung sei nichts anderes als die Verwirklichung des Panutrechts unter den Völkern. Gleichberechtigung habe nur dann einen Sinn, wenn alle Mächte in einer bestimmten Rechtsordnung gleich seien. In Bezug auf Deutschland aber sei das nicht der Fall. Unter Kampf gegen das „dritte Reich“ sei keine Franzosenfreundschaft, sondern er bleibe der Erhaltung des europäischen Friedens und zuletzt der Sache der Kultur, der Freiheit, des Sozialismus für das eigene Volk. Lebhafter Beifall dankte Stein für seinen Vortrag.

Max Braun über Saarpolitik

Ihm folgte Max Braun mit einem längeren Bericht über die aktuelle politische Lage, die für das Saargebiet durch die Völkerbundstaatsanfrage am 15. Januar gegeben ist. Hier steht die Vorbereitung der Abstimmung und die Neuwahl der Regierungskommission zur Erörterung. Durch seinen Austritt aus dem Völkerbund habe sich Deutschland zum Nachteil seiner selbst an der Saar um jeden Einfluss gebracht. Sehr anschaulich, unter Beibringung vielseltigen Materials, schilderte Max Braun die außerordentlichen

Schwierigkeiten, die der lokalen Erfüllung der Bedingungen der Abstimmung gemäß dem Saarstatut entgegenstünden. Wie sei eine freie, unabhängige und geheime Abstimmung möglich in einem Lande, in dem der offene, der unterirdische und der unsichtbare Terror mit allen Mitteln des wirtschaftlichen und sozialen Drucks durch die Nationalsozialisten so herrsche wie hier? Der Vorstand der sozialdemokratischen Landespartei des Saargebietes habe darüber eine Denkschrift verfaßt, die in nächster Zeit zur Veröffentlichung kommen werde. Brauns Mahnung zur Geschlossenheit, Einigkeit, zum Kampfesmut in den bevorstehenden Auseinandersetzungen fand stürmischen Beifall.

Eine lange Aussprache schloß sich an. Ihr lag eine Entschließung zugrunde, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben. Einmütig kam der Wille der Delegierten zum Ausdruck, härter als bisher die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Saargebietes im Zusammenhang mit der späteren Abstimmung zu untersuchen und zur Erörterung zu stellen.

Kurz vor 1 Uhr trennten sich die Delegierten mit einem begeisterten „Freiheit“.

Wegweisende Entschließung

Die Sozialdemokratische Landespartei des Saargebietes bekennt sich als ein treues Glied der internationalen sozialistischen Bewegung und als eine Kampforganisation für die Freiheit des deutschen Volkes. Sie steht auf dem von härtesten gefährdeten Vorposten des internationalen Kampfes gegen die faschistische Diktatur und wehrt sich mit ihren um die Freiheit ringenden Brüdern im Reich auf das innigste verbunden.

Unangreifbar ist die Schicksalsgemeinschaft der Saarbevölkerung mit dem deutschen Volk. Der Freiheitskampf an der Saar ist mit dem Freiheitskampf im Reich untrennbar verknüpft. Der deutsche Boden, auf dem die VZ, ihren Freiheitskampf führt, darf nicht dem nationalsozialistischen Terror ausgeliefert werden. Deshalb ist die VZ, fest entschlossen, den nationalsozialistischen Terror unter allen Umständen abzuwehren. Sie fordert die gesamte freiheitsliebende Bevölkerung auf, sich der Freiheitsfront des Saargebietes anzuschließen und ihre Tätigkeit zu unterstützen. Sie verlangt zugleich vom Völkerbund die unbedingte Sicherung der freien Willensbildung des Saarvolkes.

Zugleich weist die Sozialdemokratische Partei erneut auf die Notwendigkeit hin, die bisher auch von allen übrigen Bevölkerungskreisen unterstützt wurde, nämlich dem Saargebiet eine Anleihe zur Erleichterung der Wirtschaftskrise zu erteilen und im Interesse der gesamten Bevölkerung und der sozialen Wirtschaft des Saargebietes, der Kapitalnot durch Sicherung von fremden Kapitalinvestitionen unabhängig vom Abstimmungsergebnis zu gewährleisten. Nur so wird es möglich sein, im Interesse notleidender Schichten des Saarvolkes wenigstens einen Teil der wirtschaftlichen Krisenwirkungen einzuschränken.

Völkerbund und Flüchtlinge

Instruk. Norman Bentwich, einer der engeren Mitarbeiter des vom Völkerbund eingesetzten Flüchtlingskommissars Macdonald, befindet sich gegenwärtig in Paris, um die Hilfsorganisation für die in Frankreich befindlichen Flüchtlinge aus Deutschland kennen zu lernen. Bentwich erklärte, daß es augenblicklich vor allem darauf ankomme, festzustellen, wie weit einzelne Länder, in denen nur wenige oder gar keine Flüchtlinge leben, bereit seien, einen Teil der zum Beispiel in Frankreich befindlichen aufzunehmen. Mit der Forderung, die für viele Flüchtlinge ein Anlaß der Verurteilung ist, werde sich der Völkerbundskommissar Macdonald nach seiner im Januar erwarteten Rückkehr aus Amerika befassen.

Bentwich befragte zwei der Pariser Flüchtlingskaternen, wobei ihm die in St. Maurice über die verschiedenlich Klagen laut geworden sind, leider nicht gezeigt wurde.

Dennoch!

Dortmund, 1. Jan. Nach Mitteilung der Justizpressestelle des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm in Dortmund sind in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1933 verurteilt worden:

- 124 Personen wegen Herstellung, Verbreitung oder Aufbewahrung marxistischer Flugblätter und Handzettel;
- 15 Personen wegen Errichtung einer Geheimdruckerei;
- 9 Personen wegen Erteilung von Schickunterricht oder wegen Teilnahme an einem solchen Unterricht;
- etwa 90 Personen wegen Errichtung eines Waffensagers, Verkettens von Waffen, Herstellung von Sprengkörpern;
- 7 Personen wegen Verkaufes von illegalen Vertragsmarken;
- 8 Personen wegen Bemalens von Zäunen mit oppositionellen Aufschriften;
- 4 Personen wegen Verheimlichung von Eigentum der SPD, um den Fortbestand der SPD zu sichern;
- 2 Personen wegen Teilnahme am „Antifaschistischen Kongress“ in Paris Anfang Juni 1933;
- 46 Personen, die sich für das Wiederanleben der NSD (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) oder als Funktionäre der SPD für die Vorbereitung und Durchführung eines kommunistischen Umsturzes betätigt haben; eine Person, die Arbeitslager des freiwilligen Arbeitsdienstes für illegale Arbeit zu gewinnen versucht hat.

Hessische Verwaltung ganz arisch

Darmstadt, 30. Dez. Beamte, Angestellte und Arbeiter im Staatsdienst sowie im Dienst von Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben nach einem Aufschreiben des hessischen Staatsministers vor der Geschäftsleitung die arische Abstammung des zukünftigen Ehegatten der vorgeschulten Dienststelle nachzuweisen.

Prozeß der 53 Angeklagten Rache gegen die Arbeiter

Nachdem der alles in den Schatten stellende Reichstagsbrandprozeß beendet ist, kann und muß sich endlich das Interesse der Allgemeinheit dem größten der zur Zeit im faschistischen Deutschland durchgeführten Prozesse, dem Malowski-Prozeß zuwenden. Ebenso wie der Reichstagsbrandprozeß, ebenso soll auch mit diesem Verfahren die kommunistische Partei als eine Partei von Verbrechern und Untermenschen bekämpft werden.

Als am 30. Januar Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde und als der Fackelzug der SA, dem die Nationalsozialisten gern die Bedeutung des Ruffolknitens Marisches auf Rom beilegen möchten, durch das Brandburger Tor und zum Reichspräsidenten-Palais marschiert war, da legte sich ein Teil dieses Juges fort durch das Arbeiterviertel Charlottenburgs. An der Wallstraße wohnten fast nur Kommunisten, stellt der Staatsanwalt fest. Sie zu provozieren, war offensichtlich der einzige Zweck des Durchzuges durch diese Stadtgegend. Der SA-Sturm 117 war den Proletariern nur zu gut bekannt. Bewaffneter Überfall auf Arbeiter, die nur mit Mühe ihr Leben vor den haherfüllten gut bewaffneten SA-Leuten zu schützen vermochten, geschah fast immer, wo der Sturm 117 auftrat. So auch am 30. Januar 1933. Im Augenblick entspann sich ein Handgemenge in der schlecht erleuchteten Wallstraße. Schüsse fielen. Arbeiter wurden schwer verletzt von ihren Kollegen davongetragen. Niemand hat die Schützen verfolgt. Der Sturmführer Malowski und der Polizeioffizier Jauris blieben tot auf dem Pflaster. 53 Arbeiter hat die Rache der SA auf die Anklagebank geschleppt. 13 von ihnen sind minderjährig.

Seit dem 16. Oktober wird gegen sie verhandelt. Von einem Gericht, das mit jedem Wort seine Voreingenommenheit erkennen läßt. Neben jedem der 53 Angeklagten sitzt ein

Volkes Stimme . . .

Sondergerichte unterdrücken sie

(Anrech.) Die nationalsozialistische „Reinfront“ veröffentlicht einen Bericht über die Tötung des Sondergerichts Frankenthal, aus dem wir entnehmen:

Der Schreiner Emil Giesch aus Ludwigshafen hatte vor dem protektionistischen Schweigertshaus geäußert: Hitler haben sie aus dem Völkerbund herausgeworfen und Dimitroff sei der gefesteste Mensch in Deutschland. Urteil: 3 Monate Gefängnis.

Frau Anna Hill aus Ludwigshafen, 55 Jahre alt, hat zu den Hausbewohnern gesagt: Der Reichstag ist nicht von den

SA-Mann. Sollen sie die Angeklagten überwachen oder das Gericht? Die Angeklagten sind zum Teil aktive Kommunisten, in der Mehrzahl unbekanntes Proletariat, die nur ihre Ablehnung des faschistischen Systems, ihre Befantheit bis zum 27. Februar — dem Tag des Reichstagsbrandes — vollkommen legale marxistische Ueberzeugung auf die Anklagebank gebracht hat. Und dann vor allem Spibel, Provokateure. Ihre Äußerungen kommen der Regierung so gelegen, daß sie ihren Abdruck in jeder einzelnen Zeitung Deutschlands bis ins kleinste Provinchen hinein, anordnete. So haben die zum Schein inangeklagten Provokateure Steindamm und Schudar ihre Aufgabe erfüllt. Der Staatsanwalt stellt noch vor Beginn der Beweisaufnahme mit Befriedigung fest, daß die Angeklagten schon durch ihre gegenläufige Belastung überführt seien. Die Beweisaufnahme verläuft ergebnislos. Der einzige der Angeklagten, der beim Schließen beobachtet wurde, ist — der Provokateur Schudar.

Tropdem besteht die höchste Gefahr für alle Angeklagten. Die deutsche Presse hegt gegen das rote Mordgesindel die „Banditen“ usw. Zeugen, die zur Entlastung der Angeklagten auszusagen wäuen, werden unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet. Eine wirksame Verteidigung gibt es nicht. Jeden Tag schon kann der Staatsanwalt seine Strafanträge gegen die Angeklagten stellen. Es all, einen Druck zu erzeugen, der ebenso wie im Reichstagsbrandprozeß die Anklagebehörde und das Gericht hindert, den deutlich ausgesprochenen Wünschen der SA und der deutschen Regierung nachzugeben. Diese 53 Arbeiter, die völlig unschuldig den Nachgeleiteten der SA geopfert werden sollen, verdienen ebenso die allgemeine Anteilnahme und die Einsetzung aller Kräfte zu ihrer Rettung, wie die Angeklagten des Reichstagsbrand-Prozesses.

Kommunisten angezündet worden, sondern das hat Hitler selbst getan. Urteil: 4 Monate Gefängnis.

Der Dachdecker Johann Oest aus Landau hat den Hausbewohnern erklärt: Es ist nicht bewiesen, daß die Kommunisten den Reichstag angezündet haben. Wenn Ausländer das gemacht haben, dann sind sie von Nazis dazu befohlen worden. Die Verhandlung wurde zwecks Zeugenladung verschoben.

Der 71jährige Nachwächter Reitner aus Ludwigshafen hat gesagt, die Abnahme der Arbeitslosigkeit sei nur dadurch möglich gewesen, daß Hitler zwei Drittel in die Konzentrationslager und ein Drittel in Uniform gehakt hat. Urteil: 100 Mark Geldstrafe.

Jahreswende?

Uralte Legende

Die Menschheit sah: ihr altes Jahr
War schuldig und war dreifach.
Die Menschheit sah: vom Mute war,
Vom Schweige war es lüchlich.
Die Kaban trifft im Januar,
Die Landen es zu kurz. Und bang
Schwor ihr die Arbeitseinsticht,
Es sei zu lang! Es sei zu lang!

Die Menschheit sah, daß ihr Gewand
Mehr keinem wollte passen,
Weil es für sie gut bestand,
Ein neues sah man zu lassen.
Die Nacht war kalt. Die Menschheit fand
Sah vollkommener und bald nackt.
Es lag des Weisers linke Hand
Im Urentast, im Urentast.

Die Uhr schlug zwölf. Der Meister rief,
Ihr Erde sei sich zuwenden!
Das Jahr — ich werde objektiv —
Steht ihnen ganz entzweit!
Die Menschheit lachte, trant und schlief
Und schlief die Nacht ganz wunderbar.
In ihren Träumen froh sie lief
Im neuen Jahr! Im neuen Jahr! . . .

Die Menschheit fühlte sich sehr krank,
Als Frühling nach sie rüttelte,
Und als sie von der Stadtparkbank
Ein Mann, der's durste, knietelte.
Sie sagte ihm gleich frei und trant,
Dah sie kein Bettelweib doch sei!
Ob er nicht sah: ihr Jahr sei blank
Und frisch und neu! Ganz frisch und neu!

Der Mann verlor zum Spott den Mund,
Die Menschheit aber blühte
Auch wie Jahr. Er sah sich und —
Das Jahr, das neue, drückte!
Es dachte Hals und Schultern wund!
Es hing herab, ein Lumpenschurz!
Es war zu lang oder im Grund
Vielleicht zu kurz? Vielleicht zu kurz?

Es trug sich schwer! Ein freier Schritt
In ihm hieß Fleh und Wimmern!
Dah kein Stoff von schlechtem Schnitt
Sah man man Fleck schimmern!
Ja, brauner Schimmer Mutes allit
Durch sein Gewebe, dünn und glatt.
Es traute dumpf wie Dunst
Des Jahres Nacht, des Jahres Nacht . . .

Ein neues Jahr? Nein, das war's nicht.
Die Menschheit war verblendet:
Was hatte ihr bei Sternensicht
Des alten Hof angewendet!
Dem alten Hof, der wärmt und nicht,
Sie wenden ihn ohne Ende.

Die Menschheit aber sah es nicht.
Sie schließt mit aläubigem Gesicht
Ihr nächsten Jahreswende.

Jura.

Auf dem Hund!

Zwei Drittel der deutschen Arbeiter und Angestellten unter dem Existenzminimum

Monat für Monat begibt sich an den siegreichen Fronten der deutschen Arbeiterschaft eine betrübliche Erscheinung. Millionen werden angeblich wieder in Arbeit gebracht, aber die Lohnsteuer bleibt hartnäckig noch unter dem Auskommen des schon trostlosen Jahres 1932. Zur Erklärung dieses Widerspruches kommt nun halbamtlich aus Berlin eine Verlautbarung, die man im Wortlaut geziehen muß:

Die Lohnsteuer bringt heute nicht mehr ein als vor einem Jahre; wie reimt sich das zusammen mit den großen Erfolgen in der Arbeitsbeschaffung, die die deutsche Statistik meldet? Das ist der Gedankengang, mit dem das Ausland vielfach deutsche Ziffern der Arbeitslosen und Beschäftigten in Zweifel zieht. Dieser Gedankengang ist falsch. Er enthält nicht weniger als drei grundlegende Fehler.

Erstens wird bei der Lohnsteuer Unvergleichbares verglichen: Die Lohnsteuer von heute ist etwas anderes als die Lohnsteuer von früher, weil die gesetzlichen Bestimmungen sich geändert haben.

Zweitens ist das Lohnsteuerankommen überhaupt kein Maßstab für das Lohnvermögen der Bevölkerung und erst recht nicht für die Zahl der Beschäftigten, denn etwa zwei Drittel der deutschen Arbeitnehmer zahlen überhaupt keine oder keine nennenswerte Lohnsteuer.

Drittens ist aus verschiedenen Gründen das Lohnvermögen des Volkes gegenüber dem Vorjahr weniger gestiegen als die Zahl der Beschäftigten.

Altersverteilung der Erwerbslosen

Am meisten Erwerbslose zwischen 25 und 40 Jahren

Zusammen mit der Volks-, Betriebs- und Berufsabzählung vom 16. Juni d. J. hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine umfangreiche Erhebung über den Stand der Arbeitslosigkeit an dem genannten Tage veranstaltet. Der Zweck der Erhebung war, nach einer fast vier Jahre andauernden schweren Wirtschaftskrise einen tieferen Einblick in die berufliche Gliederung, das Alter und zum Teil in die soziale Stellung der Arbeitnehmer zu gewinnen. Die von der Arbeitslosigkeit betroffenen sind. Das Ergebnis dieser Erhebung liegt jetzt vor, und man kann sagen, daß sie ihren Zweck erfüllt hat.

Vor allem bedeutsam ist das Ergebnis der Feststellung, in welchem Alter sich die Arbeitslosen befinden. Folgerungen aus einer solchen Aufschlüsselung lassen sich allerdings erst ziehen, wenn man weiß, wie hoch der Anteil der einzelnen Altersklassen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer überhaupt ist. Von der Volksabzählung vom 16. Juni liegt eine entsprechende Auswertung noch nicht vor. Man muß sich noch begnügen mit dem Ergebnis der Berufsabzählung aus dem Jahr 1925, das freilich unbedeutlich zum Vergleich herangezogen werden kann, weil wahrscheinlich die Abweichung des Ergebnisses von 1933 nur sehr gering sein kann. Man rechnet damit, daß die Zahl der Arbeitnehmer 1933 gegenüber 1925 um etwa 200.000 insgesamt niedriger sein wird. Diese 200.000 würden in erster Linie bei den jugendlichen Arbeitnehmern in Abzug zu bringen sein, da infolge des Geburtenrückganges in den Kriegsjahren 1915 bis 1918 der Zugang an jugendlichen Arbeitnehmern nach 1925 nachgelassen hat. Bei einer Gesamtzahl von über 21 Millionen Arbeitnehmern, darunter über 3 Millionen Jugendlichen, spielt aber diese Abweichung keine besondere Rolle. Wir stellen daher die Zahl der Arbeitnehmer nach der Berufsabzählung von 1925 und die Arbeitslosen (Arbeiter und Angehilfen) nach der Erhebung vom 16. Juni 1933 nebeneinander.

Arbeitslose Männer	Arbeitsnehmer		davon arbeitslos	
	Arbeitsnehmer	über, in %	über, in %	über, in %
Bis zu 18 Jahren . . .	1.857.136	12,6	88.007	2,9
18 bis 25 Jahre . . .	3.530.808	23,9	853.892	24,2
25 bis 40 Jahre . . .	4.723.506	32,0	1.828.293	45,2
40 bis 60 Jahre . . .	3.915.190	26,5	1.107.813	27,5
60 bis 65 Jahre . . .	480.774	2,9	125.890	3,1
65 und mehr Jahre . . .	1.95.683	2,1	52.856	0,8

Bei den Männern in der Altersgruppe bis unter 18 Jahren war nur etwa jeder 20. arbeitslos, während in den Altersgruppen 18 bis 25, 40 bis 60 und 60 bis 65 Jahren etwa jeder 4., in der Altersgruppe von 25 bis 40 Jahren jeder 3. Arbeitnehmer ohne Arbeit war.

Für diejenigen Arbeitnehmer, die im Jahre 1914 geboren worden sind, ist eine besondere Abzählung veranstaltet worden. Sie ergab für männliche Arbeitslose einen Anteil von 2,2 Prozent, für weibliche Arbeitslose von 3,9 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Also auch für die Neunzehnjährigen war die Arbeitsmarktlage noch verhältnismäßig günstig. Diese Erscheinung erklärt sich wohl daraus, daß gerade in

Zu 1.: Änderungen der Lohnsteuererhebung. Die gesetzlichen Änderungen vermindern den Ertrag der Lohnsteuer um mehrere Millionen monatlich. Es sind gegenwärtig 5 bis 6 Millionen. Im letzten Monat, über den eine Statistik vorliegt, nämlich im Oktober 1933, betrug das Lohnsteuerankommen 59,6 Millionen, das sind 1,8 Millionen weniger als im Oktober 1932. Ohne die gesetzlichen Änderungen würde dagegen der Oktober 1933 etwa 61 Millionen erbracht haben, also etwa 7 Millionen mehr als im Vorjahr.

Zu 2.: Soziale Gestaltung der Lohnsteuer. Dies ist der entscheidende Punkt. Die Lohnsteuer erlast nicht alle Arbeitnehmer mit ihrem vollen Einkommen und mit gleichen Prozentsätzen, sondern schon die Minderbemittelten und auch, allerdings noch ungenügend, die Familien. Praktisch fällt fast die Hälfte der Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer aus. Etwa ein Drittel zahlen keine oder keine erhebliche Lohnsteuer.

Man kann also diese breite Schicht durch Arbeitsbeschaffung stark vermehren, ohne daß darum die Lohnsteuererhebung erheblich steigt.

Langer Rede kurzes Eingeständnis ist: die große Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer verdient weniger als das Existenzminimum, das von der Lohnsteuer freigelassen wird.

Soweit überhaupt Arbeiter neu eingestellt werden, geschieht es zu Hungerlöhnen, wie hier amtlich zugegeben wird. „Im Ausland“ wird man die Köpfe schütteln über die Berliner Weisheitsprüche.

der Wirtschaftskrise die Betriebe vielfach zu billigeren jugendlichen Kräften Zuzucht angenommen haben. So sehr man es begrüßen wird, wenn die Jugendlichen „von der Straße“ genommen werden, so bedenklich muß doch die Tatsache stimmen, daß die Erwerbslosigkeit gerade die Altersgruppe von 25 bis 40 Jahren am härtesten, und zwar weit härter, als es dem Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde, von der Arbeitslosigkeit betroffen wurde. Es handelt sich hier gerade um die Kreise, die Familienverpflichtungen zu tragen haben. Für die Aufgaben der Arbeitsvermittlung erwähnt aus der Erhebung vom 16. Juni die schwierige Frage, ob und in welcher Weise vermittelnd eingegriffen werden kann, um bei der Arbeitsbeschaffung gerade die bisher vernachlässigten Altersgruppen mehr zu berücksichtigen.

Arbeitslose Frauen

Arbeitslose Frauen	Arbeitsnehmerinnen		davon arbeitslos	
	Arbeitsnehmerinnen	über, in %	über, in %	über, in %
Bis zu 18 Jahren . . .	1.188.141	10,0	78.490	7,7
18 bis 25 Jahre . . .	2.910.498	37,0	297.194	20,0
25 bis 40 Jahre . . .	1.730.803	27,8	405.566	30,0
40 bis 60 Jahre . . .	843.003	15,5	225.742	22,0
60 bis 65 Jahre . . .	90.511	1,5	14.005	1,4
65 und mehr Jahre . . .	76.224	1,1	3.124	0,3

Bei den weiblichen Arbeitslosen ergibt sich ein anderes Bild. Wir finden zwar auch hier, daß die jugendlichen Arbeitnehmerinnen (bis unter 18 Jahren) verhältnismäßig gut abschnitten. Während aber bei den männlichen Arbeitnehmern schon die Gruppe von 18 bis 25 Jahren etwa in dem gleichen Ausmaß von der Arbeitslosigkeit betroffen wird, wie es der Zahl der Arbeitnehmer in dieser Altersgruppe entspricht, ist bei den weiblichen Arbeitnehmern diese Altersklasse noch stark begünstigt. Der Anteil der Altersklasse 18 bis 25 Jahre bei den weiblichen Arbeitnehmern beträgt 37,0 v. H. Der entsprechende Anteil bei den weiblichen Arbeitslosen aber nur 20,0 v. H. Auch diese Erscheinung wird ausreichend damit zu erklären sein, daß von den Betrieben jüngere, billiger Arbeitskräfte in der Krise vorzuziehen, wenn auch vielleicht zuverlässigeren vorgezogen werden.

Die am 16. Juni durchgeführte Erhebung weist die Anteile auch bei allen Einzelgruppen auf. Wir finden, daß bei fast allen Berufsgruppen eine Verringerung vorliegt, die Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren besonders stark, wenn nicht am härtesten, unter den Arbeitslosen vertreten ist. Bei den Wägern beispielsweise machen die Acht- bis fünfundsiebenzigjährigen 48,1 v. H. aller Arbeitslosen in diesem Gewerbe aus, bei den Friseurinnen 43,4 v. H., bei den Buchdruckerinnen 35 v. H., bei den Mechanikern für Feinmechanik und Optik 39,8 v. H. usw. Auch hier scheint die Erklärung ziemlich einfach. Die Handwerksbetriebe nehmen zwar noch Vorräte an, sobald diese aber die Vorräte vollendet haben, werden sie entlassen und finden auch anderwärts keine Unterkunft als Geselle.

Wirtschaftsbelebung?

Nur eine irriige Auffassung — sagt Köttgen

In der Generalversammlung der Waggonbau-A.G. in Aachen führte der Vorsitzende Dr. Köttgen u. a. aus: daß in der Öffentlichkeit eine irriige Auffassung besteht über die Lage in der Waggonindustrie. Man sei in der Öffentlichkeit der Ansicht, daß die Waggonindustrie gerade jetzt in die Krise erhalten habe. Das ist eine irriige Auffassung. In der Handpresse erschienenen Mitteilungen seien lediglich ein Wiederabspiegeln von Behauptungen, die vor längerer Zeit erstellt worden seien. Die Behauptungen der Deutschen Reichsbahn während der letzten Jahren und bis in die neueste Zeit brachten nur 20 und 30 Prozent des sogenannten Weltmarktes, das man im ersten Jahre des Bestehens des fünfjährigen Vertrages mit der Deutschen Waggonbauvereinigung auf 100 Millionen RM. veranschlagte. Auch das sogenannte freie Geschäft mit anderen Bauwerken des In- und Auslandes ist mindestens im gleichen Maße gestiegen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Waggonbaubetriebe sind sehr verschieden. Die Gesellschaft habe sich noch einwärts zu entwickeln.

Aber die Lage sei doch in der Gesamtindustrie so ernst, daß eine Verhandlung zwischen ihr und der Reichsbahn unbedingt notwendig erseheint, um auf der Gegenseite entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Denn nur, wenn man über die künftigen Aufträge einigermassen Gewißheit habe, könne man auch die von der Regierung gewünschte Preisinitiative durch entsprechende Maßregeln betätigen.

Weitere Bankenschrumpfung

Abnahme der Kreditoren

Die Novemberbilanzen der Banken zeigen, daß sich die Kreditoren wieder etwas stärker vermindert haben. Während im Oktober nur noch eine kleine Verminderung um 3 Mill. RM. eingetreten war, sind diesmal die Kreditoren bei den Großbanken um rund 14 Mill. RM. gesunken. Dieser Rückgang bleibt allerdings unter den Zahlen von September und August. Infolge von neuen Kreditlinien von Kreditmarktaufgaben sind die Kreditkassen der bei den Großbanken erneut um 23 Mill. RM. zurückgegangen. Zum Teil dürfte damit auch der Rückgang der Kontokorrentkreditoren um rund 5 Mill. RM. zusammenhängen. Betrachtlich sind dagegen die Guthaben der Banken und Sparkassen gestiegen und zwar um etwa 43 Mill. RM.

Dafür hat das Reich Geld

Bremen, 2. Jan. (Anprek.) An dem Auktions des „Nordwestbankes“ in Bremen (dem Palast des Herrn Sablen), dessen Erlös etwa 15 Millionen Mark betragen sollte, nahm die kühnlich beliebte deutsche Industrie nicht das geringste Interesse. Selbst Modelle von automobilen Fahrzeugen, die „Deutsch-Amerikanische Verkehrsgesellschaft“, die nach dem Zusammenbruch zahlreich einen Teil der Räume gemietet hatte, zeigte die kalte Schulter. Nur ein Unternehmen hatte an dem Bau noch Interesse: die Versicherungsgesellschaft „Allianz“. Die ihn mit vier Millionen hypothekarisch belegen hatte, kaufte aber hat das Reich nicht die Allianz, sondern das deutsche Reich, und zwar gegen für eine vier Millionen, die notwendig waren, um die „Allianz“ auszuscheiden. Was das Reich mit dem Palast anfangen will, weiß ich nicht, nur der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt, der Generaldirektor der „Allianz“ war, ehe er Reichsminister wurde.

Neues Aktienrecht

Die „Deutsche Juristen-Zeitung“ weist auf die Diskussion über eine Änderung des Aktienrechtes hin. In dieser Diskussion scheint der volkswirtschaftliche Gedanke der zu sein: der bisherige Aufbau des Aktienrechtes ist liberal und formaldemokratisch. Die Herabminderung der Rechte der Aktionäre ist im Interesse des Führerprinzips notwendig. Bei kleineren Aktiengesellschaften will man das „alte Rechtssystem“ der Einzelunternehmung und der offenen Handelsgesellschaft durch den Konzernzwang wieder herstellen. — Die „D.Z.“ bemerkt wachsend: „Man hat dem geltenden Rechte vorgeworfen, daß es politische Ideen auf ein wirtschaftliches Gebilde übertrage. Die Erfahrungen sollten auch jetzt vor dem gleichen Verluhe zurückhalten.“

„Neue Konkurrenten für Deutschland“

Unter diesem Titel schreibt die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“, daß die österreichische Ausfuhr von Metallwaren, Metallnägeln, kleinen Armaturen, Schnappverschlüssen für Koffer und Metallwaren für den Vordbedarf gegenüber 1932 merklich zugenommen sei. Es ist den Deutscher Gewerkschaften gelungen, den reichsdeutschen Herstellern in den Verbundländern, zumal in der Türkei, aber auch in den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Italien große Absatzgebiete freizugeben bzw. vollständig fortzunehmen.

Ein Notschrei

„Einer von der alten Garde“ beschwert sich darüber, daß man die „alten Partei-Vokale“ in die Passage-Merkmale in der Dreierstraße 51/52 verlegen habe. Den Ratschmewirten, die einst den Nazisürmen Unterschlupf boten, gelobtschleicht, denn die Herren von heute geben eben in die feinen Vokale der feinen Leute. Es wird nichts helfen, wenn der „eine von der alten Garde“ schreit: „Täber auf zu Pp. Acer. Wir werden dort Erinnerungen auslösen und den erbebenden Gedanken aller komplexerprobter Kameradschaft von neuem bekräftigen können.“

Judenboykott geht fort

In Nr. 32 legt die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ ihren Kampf gegen die Juden fort. Dort schreibt G. King: „Nimmer noch macht man sich täglich die Erlaubnis, daß eine große Zahl deutscher Volksgenossen den Juden unterkriegt, indem sie bei ihm kauft. . . . Vor heute noch beim Juden kauft, schädigt und schädigt den Aufbau der nationalsozialistischen Wirtschaft, schädigt besonders diejenigen christlichen Geschäftskreise, die sich bedingungslos hinter unseren Führer und seine Bewegung gestellt haben. Wir appellieren an die Anhänglichkeit unserer Metallarbeiter. . . . besonders aber bitten wir um Berücksichtigung der Inferenten unserer Metallarbeiter-Zeitung.“

Dr. Sigmund Rubinstein

Der jüdische Großvater der nationalsozialistischen Sozialtheorie

Ueber die Leiblichen Ahnen Adolf Hitlers und ihre rassistische Zugehörigkeit geht mancherlei Gerüchte. Deswegen herrscht in jüdischen Kreisen nicht geringe Unruhe: denn das fehlte den armen geplagten Juden gerade noch, daß man die Hitlererlei auch noch auf ihr Konto setzen könnte! Wer sollte dann nicht Antisemit werden?

Doch wie immer es mit der physischen Abstammung des braunen Hellschmieds auch bestellt sein mag, nicht länger läßt sich die Tatsache verschweigen, daß die nationalsozialistische Theorie fast ausschließlich den größten Teil ihrer Weisheit aus dem Buch eines Juden geschöpft haben. Die geistige Entstehung der nationalsozialistischen Theorie von einem jüdischen Soziologen ist keine leere Behauptung, sie läßt sich durch einwandfreie Dokumente belegen. Wenn nicht der nationalsozialistische Führer — die nationalsozialistische Theorie hat bestimmt und nachweisbar einen jüdischen Großvater!

Im Jahre 1921 erschien im Drei-Maschinenverlag in München das Buch „Romantischer Sozialismus“. Der Verfasser hieß Dr. Sigmund Rubinstein und war Redakteur am „Neuen Wiener Tagblatt“, was er heute noch ist. Das Buch erreichte in soziologisch und politisch interessierten Kreisen einigermassen Aufsehen; bei der Sozialdemokratie jedoch ein scharfes Ablehnen. Ein marxistischer Theoretiker sprach damals von einem „schlaftrunkenen“ Buch. Er hatte mehr recht, als er ahnte. Denn dieses Buch ist geradezu zum lebendigen Urquell der ganzen romantisch überhöhten und mittelalterlich vermissen Nazibewegung geworden.

Die Masse mag diese Zusammenhänge nicht ahnen. Den nationalsozialistischen Buchschreibern sind sie natürlich bekannt. Denn wenn sie auch noch so unwissend sind, das wenigstens müssen sie wissen, wo sie abgeschrieben haben.

Uebrigens ist von der Umgebung Hitlers gelegentlich behauptet worden, daß neben dem „Weissen von Zion“ und den Werken von Karl May, „Der romantische Sozialismus“ Rubinsteins eines der wenigen Bücher sei, das der Führer wirklich zu lesen versucht habe.

Machen wir einen kleinen Spaziergang durch das interessante Werk!

Das Programm Hitlers

Bekanntlich schwebt Hitler die Befreiung des Klassenkampfes, der eine „Erfindung“ der bösen Marxisten ist, und die Erziehung des betriebsfeindlichen Proletariats zu einem wirtschaftlichen Arbeitnehmer vor. Die Lehre vom wirtschaftlichen Arbeiter, der aus seiner „Betriebsfeindlichkeit“ zu befreien sei, ist ein Gedanke Rubinsteins, den die Nationalsozialisten von ihm übernommen haben. Im genannten Buche heißt es wörtlich:

„Der Arbeiter als Mitschaffer, wie ihn die Betriebs- und Wirtschaftsförderungen vorausdenken, ist ein anderer Typus als der Lohnarbeiter. Der Lohnempfänger mag dem Lohngeber kalt und feindselig gegenüberstehen. Der Mitschaffer, der Produzent steht sich in eine Gemeinschaft mit dem Produzenten gedrängt.“ (S. 72 — 73.)

Der Nationalsozialismus will die Kluft, die die Arbeitnehmer vom Arbeitgeber trennt, überbrücken, die Klassenkämpfe und die Klassen schlechthin beseitigen und eine neue Volksgemeinschaft schaffen. Sagt doch Hitler, daß der Nationalsozialismus „wirtschaftsfriedlich“ sei und daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber Sachwalter und Beauftragte der gesamten Volksgemeinschaft sind. Klages und Feder behaupten allen Ernstes, daß der Nationalsozialismus einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit durch gerechte Wertverteilung erstrebt und daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufs innigste in der Arbeit zusammengehören. Wenn wir die angeführten Theorien mit den Ansichten Rubinsteins vergleichen, so ergibt sich eine geradezu frappante Konformität. Bei Rubinstein finden wir nämlich folgende Stelle:

„Eine Gesellschaft, die Unternehmer und Arbeiter als Teilhaber an einem der nationalen Produktionszweige organisiert, ist anders als eine Gesellschaft, die beide als gegensätzliche Klassen in sich faßt. In diese Gesellschaft gleichartig dagegen, eine Gehäule von einzelnen darzustellen, so ist jene Gesellschaftsform bedacht, sich im Schwange der beruflich zusammenarbeitenden eine Gliederung zu geben. Dort scheidet das blind tätige Ferment der kapitalistischen Wirtschaft die rechtlich gleichgestellten Einzelmenschen in übereinander gelagerten Schichten von Menschen ungleicher tatsächlicher Macht- und Wirtschaftskräfte aus, hier werden durch die Rechtsordnung alle im selben Betrieb und Beruf Schaffenden als formalrechtlich gleiche, aber auch faktisch gleichgewichtete Mitarbeiter zu wirtschaftlichen Korporationen zusammengelagert, die in der Volkswirtschaft nebeneinander stehen. Die Gesellschaft, die sich in der Linie der Mitleidenschaft entwickelt, hat die Klassen aus. Sie wird anstatt durch Kampf und Hohn der Arbeiter- gegen die Unternehmerklasse durch das Wettspiel von Berufskörperschaften bewegt, in denen Arbeiter und Unternehmer Korporationsgenossen sind. Der Besitz an Produktionsmitteln entscheidet nicht mehr das Maß an wirklicher Gewalt über das Maß an Einfluß auf die nationale Wirtschaft. Der Anteil am gemeinsamen Arbeitsergebnis wird nicht mehr vom Unternehmer dem Arbeiter aus seinem Privatvermögen zugeteilt, sondern fließt für beide aus einer gemeinsamen Betriebsfondsmasse, deren Aufteilung von allen Betriebsgenossen paritätisch geregelt wird.“ (S. 73.)

Auch im Hinblick auf die Beurteilung der Streiks bedienen sich die nationalsozialistischen „Theoretiker“ der Argumente, die sie dem Buch Sigmund Rubinsteins entnommen haben. Wenn Buchner erklärt, daß die Ablehnung des Streiks aus der berufshändlichen Solidarität ergibt, so wiederholt er nur fast wörtlich, was Rubinstein sagt:

„Wenn die Arbeiter nicht mehr als Klasse, sondern als Träger ihrer Berufe in der Gesellschaft stehen, braucht es des Streiks nicht.“ (S. 305.)

Die neue Arbeitsgemeinschaft bezweckt nicht nur die Verbesserung des sozialen Friedens und die Lösung der sozialen Frage, sondern soll auch die Grundlage bilden, auf der eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung entstehen

wird. Schwärzte doch Hitler für berufshändliche Räumern und förderte die Befreiung aller Parteien. Auch dieser Gedanke des „Führers“ stammt aus der Kammer des Wiener Soziologen, Unter Berufshänden versteht Rubinstein lebende Körperlichkeit, in denen Arbeitsgenossen, Nachgenossen, Interessengenen unmittelbar ihre Angelegenheiten in der Hand haben. Diese Berufshände werden eine neue Gemeinschaftsleiter hervorbringen, die es dem deutschen Volke ermöglichen soll, sich als Kulturvolk durchzusetzen und zu behaupten. Das Urteil Rubinsteins über die Parteien lautet folgendermaßen:

„Die Parteien reichen in geschichtliche Vergangenheit zurück, sie schleppen alten Ballast an Ideen mit, der das Bedürfnis der Zeit an fröhlichem Wachsen hindern muß. Eine treu angepaßte Helferin des deutschen Volkes in wirtschaftlicher und sozialer Kultur wäre erst ein politisches Werkzeug, das seine Säfte voll aus dem neuen Boden saugt. Das neue Deutschland treibt zu einer Partei des deutschgenossenschaftlichen Aufbaues.“ (S. 321.)

Das nationalsozialistische Programm will auch, daß „das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht“ ersetzt werde. Rechtswürdigerweise bezeugen wir derselben Forderung im Buche Rubinsteins. Während sich aber die nationalsozialistischen Phrasendrescher mit nichtslagenden Redewendungen begnügen, führt Rubinstein diesen Gedanken konsequent durch und hebt hervor, daß der Eintritt der deutschen Nation in eine genossenschaftliche Lebensordnung eine Umwandlung des Rechtsbodens anregen muß.

Der innerste Kern deutschen Rechtes ist, daß es den Lebenskreis des Menschen nicht in einen privaten und in einen öffentlichen zerlegt. Die Teilhaber am nationalen Recht sind Nationengenossen, ihre gegenseitigen Beziehungen verkörpern nie den Zusammenhang mit der Gemeinschaft, in der beide stehen. Die gebrauchte Konstruktion romantischen Rechtsdenkens, daß subjektives Recht nur Einschränkung der objektiven Rechtsordnung ist, war gegen den deutschen Rechtsgehalt.“ (S. 332.)

Die angeführten Beispiele genügen, um zu zeigen, daß das sogenannte soziale Programm der Nationalsozialisten Gedanken eines jüdischen Gelehrten ist. Die „Gedankenarbeit“ des „Führers“ und seiner Leute beschränkt sich bloß auf die Aneignung fremder Ideen, die sie dann dreist und gottesfürchtig ihren Parteigenossen als „völkischer“ Sozialphilosophen servieren.

Daß die Rassenlehre des Nationalsozialismus nicht auf Berliner germanischem Edelstein gewachsen ist, sondern teils vom Franzosen Gobineau, teils vom Engländer Houston St. Chamberlain stammt, weiß alle Welt. Nimmt man dazu, daß seine soziale Theorie — wie hier nachgewiesen wurde — von dem Juden Rubinstein abgeschrieben ist, so bleibt als schäbiger Rest der Rodaounelemente übrig. Und nur so viel Welt, wie zu ihm gehört, liebt der Nationalsozialismus aus eigenem!

„Auch die Urgroßeltern“

Ausdehnung und Grenzen der Rassengesetzgebung

Zum 1. Januar 1934 brachte die „Deutsche Juristen-Zeitung“ einen Artikel von Reichsminister Dr. Frick über die Rassenfrage in der deutschen Gesetzgebung zum Abdruck. Minister Frick verweist auf die von Adolf Hitler aufgestellten Grundsätze, in denen die Bedeutung der Rassenfrage für jedes Volk klar gekennzeichnet ist. Wohl sei richtig, daß das deutsche Volk kein „reinrassiges“ Volk in dem Sinne ist, daß in ihm eine Rasse ausschließlich verkörpert wäre. Ueber unseren alten Erdteil Europa seien so viele Völkerräume weggebraut, daß nur wenig ganz reinrassiges Volkstum vorhanden sei. Wohl aber überwiege im deutschen Volk der Einfluß der nordischen und der skandinavischen Rasse so stark, daß das deutsche Volk, obwohl in ihm auch die dinarische, ostbaltische, slawische und westliche Rasse vertreten seien, als „nordisch bestimmt“ angesehen werden dürfe.

Eine Gefahr für das deutsche Volk bedeuteten aber die von allen diesen Rassen sich scharf abhebenden Juden. Obwohl sie nur 1,5 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachten, hätten sie in den letzten Jahrzehnten, besonders aber seit 1918, durch den Zutritt von Juden aus dem nahen Osten in Deutschland einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf wirtschaftlichem, finanziellem und politischem Gebiet erlangt. Die dadurch gebundene Gefahr habe der Nationalsozialismus von Anfang an erkannt. Auf dem völkischen Gedanken beruhe der Nationalsozialismus; mit ihm stehe und falle die Partei, die Bewegung und der Staat, die mit ihm eins geworden sind.

Der Minister bezeichnet es als selbstverständlich, daß die rassistischen Grundsätze sich auch in der Gesetzgebung äußern müßten, und verweist insbesondere auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Wegen des Art. 133 Abs. 2 des Grundgesetzes hätten sich bald schwerwiegende Bedenken dogmatischer Art ergeben. In der katholischen Kirche seien derartige Veruche überhaupt nie unternommen worden. Auch internationale Abmachungen könnten der Durchführung der Rassen-Gesetzgebung entgegenstehen, wie z. B. das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 11. Juni 1922. Andererseits werde es eine besonders wichtige Aufgabe des künftigen Staatsbürgerrechts sein, sich mit der Rassenfrage auseinanderzusetzen.

Im folgenden werden dann Grundsätze und Einzelheiten der neuen Rassen-Gesetzgebung besprochen, wie sie meist schon bekannt sind. An Einzelheiten ist hervorzuheben, daß Dr. Frick die Bestimmung der Abstammung durch Prüfung der Eltern und Großeltern begründet, begründet auch gegenüber Meinungen, man müsse bei der Prüfung noch weiter oder man dürfe nicht soweit zurückgehen. Er sagt dabei, daß sich die Untersuchung auch auf die Urgroßeltern ausdehnen könne, jedoch nur dann, wenn dies für die Bestimmung der Großeltern nötig sei, vor allem, wenn ein Name jüdisch klinge. Doch sei ein Großelternanteil nur dann als nichtjüdisch anzusehen, wenn seine beiden Urgroßeltern, also Urgroßvater und Urgroßmutter, nichtjüdisch seien. — Die Tatsache,

daß in dem Gesetz gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hochschulen der Arierbegriff weniger streng gefaßt ist, wird damit erklärt, daß es sich hier um eine Uebergangsmassnahme handle.

Sehr deutlich wendet sich der Reichsinnenminister am Schluß seiner Ausführungen nochmals gegen eine unbeschränkte Ausdehnung der Rassen-Gesetzgebung auf Gebiete, für die gar keine Vorschriften erlassen sind. Es heißt da: „Spielt bei den Gelegenheiten und Verordnungen ein starkes öffentliches Interesse an der Ausschaltung nichtarischer Einflüsse mit, so scheidet es doch über das Ziel hinauszugehen, wie es manchmal geschehen ist, die Grundsätze des Paragraphen 3 des Berufsbeamtengesetzes) wahl- und kritiklos auf Gebiete übertragen worden, für die sie nicht bestimmt sind, und wenn dabei womöglich noch nicht

einmal die Ausnahmen zugelassen werden, die Paragraph 3 und die hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen vorsehen. Mag insbesondere noch ein öffentliches Interesse für die deutsche Reichswehr bestehen, die auch nach der Durchführung der Säuberungsaktion bei den Krankenkassen noch sehr stark von jüdischen Elementen durchsetzt ist (in Berlin z. B. heute noch 60 Prozent), so läßt es sich doch kaum rechtfertigen, wenn jüdische Angestellte eines Warenhauses in nichtleitender Stellung entlassen werden, selbst wenn sie Frontkämpfer sind. Derartige Verdrängungen verstoßen, daß es auch in der Rassen-Gesetzgebung Grenzen gibt, die beachtet werden müssen, und sind deshalb auch von der Regierung schon wiederholt mit Nachdruck abgelehnt worden.“

Andererseits, so betont der Reichsinnenminister, werde es eine besonders wichtige Aufgabe des künftigen Staatsbürgerrechts sein, sich mit der Rassenfrage auseinanderzusetzen.

Dr. Frick wendet sich endlich gegen ausländische Kritik an der deutschen Rassen-Gesetzgebung und meint, die Zeit sei nicht mehr fern, wo auch fremde Völker diese Maßnahmen verstehen und begreifen, ja schließlich selbst übernehmen würden.

Rassenverbesserung

Im Dritten Reich sollen 100.000 Personen kreuzisiert werden.



Wer dem Hitler-Terror widersteht, wird entmannt. Die andern haben es nicht nötig.

Der Reichsabrichtewart

Der Chef-Betreuer der Rassehunde gegen die Antipeitschen

Ein Herr K. Most ist zum „Reichsabrichtewart für das Deutsche Hundewesen“ ernannt worden. Um diese neue Würde zu rechtfertigen, hat er mit Unterstützung von S. Böttger, Leiter der Diensthundabteilung der Kriminalpolizei Berlin, ein Buch „Leitfaden für die Abrichtung des Hundes“ (Verlag Kameradschaft, Berlin W 35) veröffentlicht.

Auch in der Hunde-Erziehung ist es mit dem Pazifismus im Zeichen der nationalen Erneuerung endgültig vorbei. Der Verlag sagt über seine Neuerscheinung:

„Der Abschnitt „Die Verständigung zwischen Mensch und Hund“ führt dem Leser das Wie und Warum der Behndlung und Abrichtung des Hundes so vollendet vor Augen, wie dies bisher von keiner Seite auch nur annähernd erreicht wurde. Deshalb ist das Buch nicht nur unentbehrlich für diejenigen, die sich mit der Abrichtung oder Führung von Hunden befassen, sondern auch für jeden Hundefreund, insbesondere für jeden Hundebesitzer, der seinen Hund richtig behandeln und von ihm verstanden werden will. Man erhält so anschaulichen und einleuchtenden Aufschluß über die geistigen Fähigkeiten und das Auffassungsvermögen des Hundes sowie über die Art, wie er lernt, daß jeder Mann in allen Lagen die richtige Einwirkung auf den Hund ausüben kann. Zum erstenmal wird der so oft hin und her gewälzten und bisher nicht zum Abschluß gebrachten Frage des Zwanges bei der Abrichtung gründlich zu Leibe gegangen, und sie wird in ein helles Licht gerückt. Dabei wird unterschieden zwischen den allgemein gültigen Gesetzen des Zwanges und den Unterschieden seiner Anwendung je nach der Individualität des Hundes. Most und Böttger machen Front gegen die, man möchte sagen weichlich-pazifistische Strömung, die in dem Verlangen gipfelt, daß der Abrichter selbst keinen starken Zwang auf den Hund ausüben dürfe und die sogar so weit ging, zur Gründung einer „Antipeitschen-Liga“ aufzufordern. Kristallklar weisen die Verfasser die Irrtümer dieser Auffassung nach und sogleich auch, welche schwerwiegenden nachteiligen Folgen sich aus diesen Irrtümern für die Leistungen des Hundes ergeben.“

Wir sind Barbaren!

Und machen Deutschland wieder frei . . .

Der Anekdote vom Stolz der Neger („Ich bin stolz darauf, ein Neger zu sein, denn wäre ich nicht stolz, bliebe ich doch Neger“) ist in der Kulturgeschichte der Gegenwart nur ein Gleichnis entgegenzustellen: der Stolz der neudeutschen auf sein Barbarentum. Als er sich anfangs in tönenden Worten gegen die Greuelpropaganda zur Wehre zu setzen versuchte, mußte er die Erfahrung machen, daß dieser Versuch restlos mißlang. Also ist er auf sein Barbarentum stolz. Nun betont er es recht sehr, er macht es zum Motiv seiner Politik und seiner Handlungen.

Allmählich bemächtigen sich auch die Dichter des „dritten Reichs“ dieser dankbaren Parole, aber so ungeniert hat das noch keiner getan, wie ein Dichter, der sonst über bemerkenswerte Eigenschaften und Kräfte zu verfügen scheint und der sich Rudolf Zilkens nennt. In seinem Gedichtband „Freiheit, Liebe und Tod“ steht ein „Die alte Garde“ betiteltes Gedicht, das auch außerhalb Deutschlands wohlverdiente Aufmerksamkeit und Anerkennung finden dürfte. Es beginnt so:

„Wir sind die ersten, die bei Hitler waren,
Wir stürmten siegend in die Schlacht
Als wilde, tropische Barbaren,
Die Deutschland wieder frei gemacht!“

Nach diesem Bekenntnis zum Barbarentum folgt noch ein verhältnismäßig leichteres Geständnis:

„Und unser Blut wars, das zuerst geflossen,
Wir mähten alles mit der blanken Faust.“

Was man allenthalben gewußt hatte, daß nämlich von dieser und den andern Garden alles mit der Faust hingemäht wurde, wird hier also sozusagen lyrisch bestätigt und besungen.

Wer ist nun der Dichter, der solche freimütige und offene Bekenntnisse abzulegen wagt? Das muß wohl ein gar mächtiger und großer Herr sein? Ist er auch! Der Verleger (J. P.

Was den Menschen recht ist, ist den Hunden billig. Wenn die Liga für Menschenrechte in diesem neuen Deutschland keine Existenzberechtigung mehr hat, dann darf es für die Hunde auch keine Antipeitschen-Liga mehr geben.

Denn die Peitsche ist zur hohen Ehre gelangt. Der Herr Reichskanzler hat sie höchstpersönlich in die Pädagogik eingeführt. Ehe man ihm noch die Nilpferdpeitsche zum Geschenk überreichte, faßte er bereits mit festem Griff nach diesem Instrument in der Wahlagitation des Jahres 1932. Da sausten die Riemen schwingend in die Reihen von Pfeifern und Johlern hinein, die den Führer im Auto nicht respektierten.

Hundedemütig will er sein Volk. Menschendemütig sollen die Hunde werden vor dem Herrn Reichsabrichtewart und seinen Amtswaltern. Um so forscher werden sie dann sein gegen den Feind! Kristallklar!

Eine Kritik des Buchs in einer gleichgeschalteten Zeitschrift betont, daß das Most-Verfahren besonders für die Abrichtung von Kriegshunden geeignet sei. Der Verfasser der Rezension ist der „einstige Führer der Kriegshundeschule im Weltkrieg“.

Deutschland bekommt die casseeinsten Hunde

„Selbstverständlich“ — sagt Präsident Schley

Eine neue Zeitschrift „Der Berliner Tierfreund“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem „Präsidenten“ Schley, dem sogenannten Hundevater Deutschlands. „In einer Nation“, sagt der Präsident — „die den Rassegrundsatz so betont wie das heutige Deutschland, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man die rassistischen Forderungen auch auf den tierischen Begleiter des Menschen, deren treuester der Hund ist, ausdehnt. . . . Es darf behauptet werden, daß die Arbeit des neuen Reichsverbandes für das deutsche Hundewesen es in verhältnismäßig kurzer Frist zuwege bringen wird, daß Deutschland das in aller Welt anerkannte Land der besten und reinsten Hunderassen wird.“

Bachem, GmbH. Köln a. Rh.) gibt bereitwillig und erschöpfend folgende Auskunft:

Einer der alten Gardisten und Vorkämpfer der Bewegung. Er war Organisationsgruppenleiter, Kreisleiter, Gaupropagandaleiter und hat in fünf Jahren 1500 mal in nationalsozialistischen Versammlungen gesprochen. Unzählige Saalschlachten und Ueberfälle durch kommunistische Mordhandlanten kennzeichnen seinen Weg. Neben dem Gauleiter Terboven zwang er die rote Pest in Essen in die Knie.

Womit er wohl seine Befähigung zum neudeutschen Dichter einwandfrei erwiesen haben dürfte. Damit nicht aber etwa jeder Gardist, der ähnliche Verdienste aufzuweisen hat, auf die Idee käme, seine Gedichte zu publizieren, (denn auch das Land der Dichter und Denker könnte nicht von jedem der Braven, der da mit der Faust alles hingemäht hat, Gedichtbände drucken) muß der Verlag die Eignung seines Autors noch kräftiger erweisen:

„Seine größte Saalschlacht erlebte er Anfang 1932 als Diskussionsredner in einer Duisburger KPD-Versammlung, in der er niedergeschlagen und mehrfach gestochen wurde. So nennt ihn das Volk seiner Heimat nicht mit Unrecht den Trommler des Ruhrgebietes.“

Was wohl der andre Trommler dazu sagen wird? Aber dieser Trommler ist auch ein besonders freigebiger Dichter, denn, so sagt der Verlag: „In seinem Gedichtbuch schenkt er der deutschen Jugend und seinen Kampfgenossen eine Auswahl aus dem Schatz seiner Lieder.“

Nachdem er also alles mit der Faust hingemäht hat, was einem Teil der Jugend lebenswert erschien, schenkt er dem andern eine Auswahl aus dem Schatz seiner Lieder.

Wahrlich, ein generöser Poet!

Stefan Pollatschek

Zeit-Notizen

Eine „Rüstungsfibel“

hat der Oberstleutnant Benary, über dessen andere Wehrschrift die Deutsche Freiheit berichtet hat, soeben erscheinen lassen. Während er unlängst noch für Stärkung des „Wehrwillens“ und der Aufrüstung eingetreten ist, zeigt er nun in seiner „Rüstungsfibel“ Deutschlands Schwäche. Er ist bezeichnend für die Hitlersche Außenpolitik; denn der Oberstleutnant schreibt rechts für und links gegen Rüstungen, rechts für den Frieden, links für den Krieg. Benary ist ein Symbol.

„Auseinanderziehung zwischen Medizin und Heilkunde“

Dieses erlösende Wort prägt ein Mann namens Paul Julius Schott über sein Buch „Weltall und Menschenkörper“. Was sagen die Nazi-Aerzte zu der guten Formulierung? Sie ist für den Geist dumpfen Aberglaubens, der das Hitlerreich kennzeichnet, eine überzeugende Gegenüberstellung.

Kube über Erzberger

Der preußische „Staatsrat“ und Gauleiter der Kurmark schreibt in der Wochenschrift „Der märkische Adler“ (3. 12.) über Erzberger: „Scham erfüllt uns, wenn wir in dem Trauerkapitel „Cömpigne“ lesen, daß sich Deutschland einmal von

einer Kreatur vertreten ließ, die Erzberger hieß, anstatt sich Erzlamp nennen zu lassen, wies ihm der Herrgott aufs Gesicht geschrieben hat.“

200 Seiten voll „Führer“

In Deutschland gibt es augenblicklich so viele Führer, daß es ein dringendes Bedürfnis ist, sie alle übersichtlich zusammenzustellen. Die Liste, die als „Führer-Kalender“ erscheinen wird, wird an die 200 Seiten umfassen. Die Referenten des Frick, Dr. Fabricius und Dr. Stamm, haben die Liste zusammengestellt und der gute Frick empfiehlt das Werk seiner Kreaturen allen Deutschen. So wäscht eine Hand die andere.

Max Reinhardt wird zitiert

Ein Nazi, der E. J. Dörr heißt und mächtig auf die Republik schimpft, in der seine Werke nicht erscheinen könnten, sonst „wäre er in Schutzhaft genommen worden, wenn nicht verbrannt, geköpft und gehängt“, vergißt nicht ein Lob Reinhardts vom 29. Februar 1932 über das Theaterstück Revolution im Himmel anzugeben: Reinhardt, behauptet Dörr, habe gesagt: „Ein Theater mit volkstümlichem Spielplan müßte hier unbedingt zugreifen.“ Ja, ein Nazi kann keinen Juden leiden, doch seine Protektion, die nimmt er gerat!

Die Ewigkeit

Von Franz Karl Ginzkey

Ich lehne an einem alten Baum,
Denk an die Zeit, schau in den Raum,
Mir geht die Frage durch den Sinn:
Wo komm ich her, wo geh ich hin?

Es geht eine Sage: Im fernen Land
liegt ein Gebirge aus Diamant,
orthin fliegt alle hundert Jahr
aus Zaubervögeln Wunderbar.

Es wegt das Schnäblein am Gestein
Zwei-, dreimal, läßt es wieder sein,
Fliegt heimwärts, wo es früher war,
Und kehrt erst wieder nach hundert Jahr.

So tut es fort, bis guter Leht
Der ganze Berg ist fortgeweht.
Verronnen ist nach dieser Zeit
Die erste Sekunde der Ewigkeit.

Dies geht mir eben durch den Sinn,
Auch ich eine Flocke im Meere bin,
Die nächste Welle spült sie fort,
Und doch bleibt alles am selben Ort.

Der gereinigte Intendant

Erst Todfeind — jetzt amtlich anerkannt

Vor dem Mannheimer Arbeitsgericht wurde die Klage des früheren Mannheimer Intendanten Herbert Maisch, der zur Zeit das Preußische Theater der Jugend leitet, gegen die Mannheimer Stadtverwaltung auf Erfüllung seines Vertrages verhandelt. In dem Urteil des Mannheimer Arbeitsgerichts wurde dem früheren Intendanten zugesprochen, daß er seine vollen vertraglichen Bezüge beanspruchen könne und daß durch seine jetzige Berliner Anstellung der Vertrag mit der Mannheimer Stadtverwaltung, der bis zum 31. August 1935 Gültigkeit hat, nicht berührt werde. Maisch, der bei der Verhandlung selbst anwesend war, begründete seine Klage. Er habe bis 1935 einen Vertrag, der ihm ein Einkommen von 20 000 Mark im Jahr ohne Notverordnungsabzüge zubillige. Außerdem habe er nach Bühnenrecht Anspruch auf Beschäftigung. Er betrachte sich nicht als entlassen, sondern als beurlaubt. Der ehemalige Intendant wies darauf hin, daß, wenn man die Tätigkeit des Theaterleiters in der Vergangenheit als politische oder gesetzliche Verfehlung ansehen wolle, man sämtliche Theaterleiter entfernen müsse. Er bekennt sich zu dem Wort von Shakespeare, daß das Theater Spiegel der Zeit sein müsse. Wenn er in einer Zeit habe Theaterspielen müssen, in der der Spiegel nicht schön war, so sei das nicht seine Schuld. Die Stadtverwaltung wandte dagegen ein, daß Maisch's Beurlaubung erfolgt sei, weil er Vorstellungen im Sinn des bolschewistischen Theaters gegeben habe und als Feind jeder nationalen Kultur angesehen werden müsse.

Das Urteil des Mannheimer Arbeitsgerichtes macht sich das Wort Shakespeares zu eigen und betont, daß der Kläger als schwerbeschädigter Frontoffizier Anspruch auf besondere Vergünstigung gehabt hätte. Außerdem sei Maisch's nationale Gesinnung durch seine Berufung durch führende Männer der neuen Regierung anerkannt worden. Maisch muß sich nach dem Urteil seine Berliner Bezüge von dem Mannheimer Einkünften in Abzug bringen lassen, wozu er sich in der Verhandlung ausdrücklich bereit erklärte.

Die Kastrations-Aerzte

An der Schaffung des sogenannten Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sind, wie man aus einer Anzeige des Verlages Lehmann ersieht, eine Reihe führender Mediziner beteiligt. Das widersinnige Gesetz ist also nicht auf dem Mist der augenblicklich regierenden Dilettanten und Romaniker gewachsen, Würdenträger der medizinischen Wissenschaft tragen dafür die Verantwortung. Es ist daher wichtig, die Namen der Herren festzuhalten, damit sie später einmal ihre Verantwortlichkeit nicht leugnen können. Die Namen der Gelehrten lauten: Ministerialrat Dr. med. Gütt, Referent im Reichsministerium des Innern; Professor Dr. med. Rüdlin, Direktor des Forschungsinstitutes für Psychiatrie, Genealogische Abteilung in München; Dr. jur. Ruttke, Geschäftsführer des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst; Geh.-Rat Professor Dr. L e x e r s, München; Geh.-Rat Professor Dr. D ö d e r l e i n, München.

Daß es bei dem sogenannten Sterilisierungsgesetz auch um die Frage der Kastration geht, zeigt eine demnächst erscheinende Abhandlung L e x e r s: „Die Operationen zur Sterilisation und Kastration beim Manne.“

Totenkopfring der SS.

An Stelle einer Kopfpromie

Der Reichsführer der SS., Heinrich Himmler, hat, wie der „Angriff“ meldet, für verdiente SS.-Führer- und -Männer den „Totenkopfring der SS.“ geschaffen. In der Ehrenurkunde, die anlässlich des Weihnachtsfestes zum ersten Male an die ältesten und verdientesten Mitglieder der SS. verliehen wurde, heißt es u. a.: Der Totenkopf ist die Mahnung, jederzeit bereit zu sein, das Leben unseres Ichs einzusetzen für das Leben der Gesamtheit. Die Runen, dem Totenkopf gegenüber, sind Heilszeichen unserer Vergangenheit, mit der wir durch die Weltanschauung des Nationalsozialismus erneut verbunden sind. Die beiden Siegrunen versinnbildlichen den Namen unserer Schutzstaffel. Hakenkreuz und Hagal-Runen sollen uns den nicht zu erschütternden Glauben an den Sieg unserer Weltanschauung vor Augen halten.

Die Tapferkeit der Indianer wird gemessen nach den Skalps, die sie am Gürtel tragen. Die Insulaner einiger Südseeinseln sammeln die Zähne ihrer Opfer und machen Schmuckstücke daraus.

Unsere verdienten SS.-Leute, erprobt in Saalschlachten, Foltern und Erschießen, bekommen aus der Hand ihres Führers Totenkopfringe als Heilszeichen und Hagals-Runen.

Pariser Berichte

Achtung, Recépissés!

Nach Mitteilung der Polizei-Prefektur müssen sich alle Ausländer, die im 2., 3. und 4. Vierteljahr 1933 die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis beantragt haben und deren Recépissé bis 31. Dezember 1933 gültig ist, vom 3. bis 15. Januar beim zuständigen Kommissariat vorstellen, damit der Ausweis bis 31. März 1934 verlängert wird. Bis zu diesem Datum soll die Verteilung der cartes d'identité (neues Muster), gültig für 1933/34 vollendet sein.

Zuständig für das Erscheinen der Ausländer 3. bis 15. Januar sind: in Paris die commissariats de district, in den Vororten die commissariats de circonscription.

Die neuen cartes de travailleur zu 20 Francs, die direkt in der Prefektur beantragt wurden (erste Karte, Austausch von Provinz-Karten; Sonderfälle) sind fertiggestellt und können abgeholt werden.

Arbeitskarten zu 20 Francs, die bei den Kommissariaten beantragt wurden, gelangen im Laufe des Januar zur Ausgabe.

Die cartes de travailleurs zu 100 Francs werden im Februar, März, April ausgegeben, und in derselben Zeit die cartes de non-travailleurs zu 20 sowohl wie zu 100 Francs! —

Pariser Theaterbrief

Man käme zu den merkwürdigsten Ergebnissen, wenn man die Erfolge jedweder Werke auf dem Pariser Theater nach ihren Aufführungsziffern zu beurteilen versuchte. Seit ihrer Uraufführung zu Lebzeiten Racines hat „Phèdre“ im Repertoire des „Théâtre Français“ die zweitgrößte Aufführung noch nicht überschritten, die eine belanglose Operette wie „Rose-Marie“ im „Théâtre Moga-

Tel. Triane 43-13 Méro Pigalle **Deutsche Poliklinik** Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Geburtshilfliche Klinik d) Zahnärztliches Kabinett

innere Medizin, Augen, Ohren, Nasen und Kehlkopfkrankheiten, Venenkrankheiten, Hautkrankheiten, Rheumatisches, Bluthochdruck, Diabetes, Nervenkrankheiten, Gicht, Blasen- und Prostataerkrankungen, Frauenkrankheiten, Kinderkrankheiten, Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

LECONS DE FRANCAIS

monatlich von 40 Frs. an, nachweisbare beste Erfolge. Mlle. BATAIGNE O. L. P. 105, Bd. Magenta, Métro Gare du Nord

Einkauf und Auslieferung vom Verzinsamt **BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN**

günstige Gelegenheitsverkäufe **BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE**

MAN SPRICHT DEUTSCH

Mme JABAMIAH

weltberühmt, prophezeit nach dem arabischen Ritus Tarot. Voraussagt Daten, konsultiert auch schriftlich. Sessenen ab 15 Fr. Täglich von 11-7, Sonntag 3-7 Uhr, 10, Pl. Chézy, 3. Stock

dor“ im Zeitraum weniger Jahre erreicht hat. Im gleichen „Théâtre Mogador“ wird heute Charrells „Weiße Rose“ schon über die sechshundertste Wiederholung hinweggesteuert, während die Gesamtzahl der Werke Paul Raynals, die in Pariser Theatern im Laufe der Jahre erzielt wurde, sich schwerlich über 400 belaufen dürfte. (Zu einem der Vergleiche, auf die es mir im vorliegenden Zusammenhange ankommt, zitiere ich, daß das „Grabmal“ Raynals in Deutschland mehr denn 3000 Wiederholungen gesehen hat.)

Betrachtet man heute die nach mitteleuropäischen Begriffen enormen Vorstellungsziffern, zu denen selbst literarische Werke es im Laufe einer relativ kurzen Zeitspanne in Paris zu bringen vermochten, so ist dazu allerlei Erläuterndes zu bemerken. Einmal das: Paris ist das Zentrum der gesamten französischen Bühnenkunst, das die Provinz restlos versorgt und nur in Ausnahmefällen gestattet, daß Genf oder Brüssel — weit eher als Lyon oder Monte-Carlo — sich ganz gelegentlich zur Heimat einer schöpferischen Tat auf dem Gebiet des Theaters erheben. Zum zweiten, daß die Pariser Säle in ihrem Fassungsvermögen von etwa zwei-

hundert bis rund dreitausend Personen gehen. Unter diesen Umständen bedeutet es natürlich rein quantitativ etwas anderes, wenn Gaston Baty mit etwa 1000 Aufführungen von Gantillous „Maja“ oder wenn Louis Jouvet mit einer entsprechenden Zahl von Wiederholungen des „Dr. Knock“ von Jules Romains aufwarten kann, die im „Studio“ resp. in der „Comédie-Champs-Élysées“ vor einem Publikum von 200 bzw. 600 Personen bestenfalls gestartet worden sind — oder wenn das riesige „Théâtre Sarah-Bernhardt“ uns heute die rund dreitausendste Wiederholung von Edmond Rostands sechshundertjähriger Tragödie „L'Aiglon“ beschert, deren Hauptrolle bis zum heutigen Tage in Frankreich wie in Wien das Interpretationsgut gereifterer Damen geblieben ist. (Ich wiederhole hier erneut einen Protest gegen die Tatsache, daß Jean Weber, der größte jugendliche Darsteller unserer Zeit, nur in der Provinz Mussets „Lorenzaccio“ und Rostands „Herzog von Reichstadt“ zu mitteln vermag.)

Daß Edmond Rostand — mag man darüber denken, wie man will — unter allen Bühnendichtern Frankreichs bei weitem der populärste gewesen und geblieben ist, wird, außer durch seine Aufführungsziffern in Hauptstadt und Provinz, auch durch das Faktum eindeutig beleuchtet, daß sein „Cyrano de Bergerac“ (in einer bescheidenen Manuskriptausgabe des Verlages Fasquelle) das achthundertste Tausend schon erreicht hat, was wohl als einzig dastehender Buchhandlungserfolg einer Bühnendichtung gebucht werden darf.

Wenn aber etwa Herr Denys Amiel, der heute Vizepräsident der Gesellschaft französischer Bühnenautoren ist, aus dem Faktum, daß seine letzte Komödie „Trois et Une“ im Théâtre Saint-Georges dank einer ungewöhnlich glücklichen Darstellung, mehr als vierhundertmal gegeben werden konnte im Vergleich zu den bisherigen Aufführungsziffern Claudels, Raynals, Roger Martin du Gard's und Supervielles irrige Schlüsse zu ziehen geneigt wäre, so möge die Ewigkeitslaufbahn Racines darüber belehren, daß Tageschem Boden wachsen, Erfolg und Jahrhundertgültigkeit nicht unbedingt auf gleichem Boden wachsen.

Hans Albert v. Maltzahn.

Dr. Spécialiste

16, rue de Rivoi, Métro Châtelet

RADIKALE HEILUNG von BLUT, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden

Neueste Behandlungsmethoden, Elektrolyse, Lichttherapie, Massage, Trépanation, etc.

Blut- und Harnuntersuchungen, Spezialisierte Labordiagnostik

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-6 Uhr, sonntags von 10-12 Uhr

Konsultationen von 25 Fr. an

Man spricht deutsch

Aelteste Deutsche Klinik

52, R. de Bondy, Paris

tel. Bot. 29-69

Harn- Blut- und Hautkrankheiten, Frauenleiden

Ultra-Violette Strahlen, Serotherapie, Diathermie, Höhensonne etc.

Umarbeitungen, Reparaturen und Neuanfertigungen zu billigsten Preisen. Gelegenheiten in Persianer, Silberfächern

FOURRURES „ELITE“

320, rue St-Honoré, PARIS

Telefon Opéra 87-71

Holz- und Baumaterialienhandlung

in LOTHRINGEN zu verkaufen. Anfr. unter H.J. an die „Deutsche Freiheit“

Das umstrittene Seeuntyer

Auch Macdonald will es besuchen

Die von der „D.N.“ veröffentlichten Mitteilungen des Korvettenkapitäns a. D. Fehr v. Forstner über seine Sichtung eines Seeungeheuers am 30. Juni 1915 von „U 28“ aus sind nach wie vor im Ausland Gegenstand lebhafter Erörterungen und Mutmaßungen. Jetzt ist durch eine Mitteilung des Korvettenkapitäns Werner Löwisch, zur Zeit Navigationsoffizier an Bord des Dünenschiffes „Schleswig-Holstein“, neues Licht in diese höchst interessante Angelegenheit gekommen. Korvettenkapitän Löwisch hat nämlich am 28. Juli 1918 als 1. Wachoffizier von „U 108“, zusammen mit seinem Bootsmannmaat der Woche, auf 62 Grad 20 Minuten Nordbreite und dem ungefähren Längengrad von Ruggle Flügge um 22 Uhr bei heller Nordnacht ein Tier gesichtet, das mit dem von Forstner geschilderten Seeungeheuer eine verblüffende Ähnlichkeit hat.

Kapitän Löwisch, der seine Wahrnehmung dem Fehr v. Forstner mitgeteilt hat, schreibt hierüber folgendes:

„Als ich die Schilderung in der „D.N.“ las, botte ich mein privates Kriegstagebuch von meiner Fernfahrt vom 4. Juli bis 2. August vor, und da steht folgendes drin: „... einwandfrei zehn Uhr v. m. eine Seechloman ge sehen; ich sah mich nicht abheften. Das Tier hatte länglichen Kopf, Rücken wie ein Krokodil und Beine mit röhrenförmigen Füßen; kam nachbord achteraus in Sicht.“

Diese Notizen, so fährt Kapitän Löwisch fort, habe ich damals nach meiner Abreise und so für mich bestimmt hingeschrieben. ... Sie bildeten für eine wissenschaftliche Vorrichtung keine Unterlage. Das Ergebnis hat mich aber damals längere Zeit beschäftigt, und ich habe auch nach Rückkehr in die Heimat davon im Kameradenkreis erzählt. Auch aufgezeichnet hab ich ihnen. Darum weiß ich noch heute folgende Umstände genau:

1. Ich ließ das Tier sofort dem Kommandanten (Korvettenkapitän Rühse) melden. Als er auf den Turm kam, war es aber verschwunden. Ich wurde damit noch einige Zeit angepöbel. Ich möchte aber betonen, daß ich in meinem ganzen Leben niemals an Halluzinationen gelitten habe. Auch war der Bootsmannmaat neben mir Zeuge des Geschehen.

2. Das Tier hatte einen flachen krokodilähnlichen Kopf. Auf dem Rücken und Schwanz (die ganze Länge des Tieres kam nicht aus dem Wasser heraus; es war schlängelnähnlich gewunden) waren deutlich Rücken zu sehen, die sich nach hinten zu verlängerten. Ferner waren zu sehen die Anlage des rechten Vorderbeines und meines Wissens auch des rechten Hinterbeines am Körper. (Wir sahen von uns aus die rechte Seite des Tieres, das parallelen Kurs mit uns hatte.) Der größte Teil beider Beine war unter Wasser. Dagegen haben wir sowohl die rechten wie die linken Füße oder besser Klauen. Sie bestanden aus harten Gelen oder Ähren, die deutlich durch Schwimmmer verbunden waren. Die Lebensspitzen waren bieder als die Lebensglieder. Die Länge des nur teilweise aus dem Wasser ragenden Tieres schätzte ich damals auf ein Drittel Bootslänge. (Die Länge von „U 108“ ist mir aus dem Gedächtnis nicht mehr bekannt. Sie wird aber rund 80 Meter oder etwas mehr betragen haben. Die Länge des Tieres würde nach der Schätzung dann etwa

30 Meter betragen haben und mit den jetzt aus Schottland gemeldeten Längen des dort gesichteten Tieres übereinstimmen. Anmerkung des Herrn v. Forstner.) Die Entfernung, auf die wir es sichtigten und durchs Glas beobachteten, war etwa 600 bis 800 Meter.“

London, 20. Dez. Das Ungeheuer in dem schottischen See Loch Ness wurde am 28. Dezember ungefähr zu derselben Zeit an zwei über 20 Kilometer voneinander entfernten Stellen von Beobachtern gesichtet. Man zieht daher den Schluss, daß es sich um dasselbe Tier handeln kann, sondern daß ein zweites Ungeheuer vorhanden sein müsse.

Der englische Ministerpräsident Macdonald, der seine Weihnachtserien in Schottland verbringt, soll „Daily Telegraph“ zufolge den Wunsch geäußert haben, Loch Ness zu besuchen, um womöglich mit eigenen Augen das Ungeheuer zu sehen, falls es nicht zu schüchtern ist, sich vor einem Ministerpräsidenten zu zeigen.

BRIEFKASTEN

H. N. Hirschbach. Wir danken für Ihre Treue. Es ist uns immer wieder ein Ansporn, zu erfahren, wie sehr unsere Arbeit in der Schweiz Widerhall findet. Den Kuffay werden wir nachdrücken.

Vonbon. Es freut uns, daß Sie zu Weihnachten so herzlich an uns gedacht haben. Wir erwidern Ihre Grüße mit den herzlichsten Neujahrswünschen. Das Werden im Radio gegen uns wird uns so wenig erschüttern wie Sie. Unser Kampf wird fortgesetzt.

Herrn. Ja, Emil Ludwig ist keineswegs totum geblichen. In Kürze erscheinen in Europa und Amerika (in deutscher Sprache beim Querido-Verlag in Amsterdam) Gespräche mit Molotov, ein Gespräch mit „Waldheim“, Ferner: „Rührer Europas“, nach der Natur gezeichnet: Neun Porträts von Führern aus neun Nationen nämlich: Mussolini, Stalin, Lloyd George, Wilson, Benito, Briand, Kauten, Molotov, Motta. Eine neue Komödie, die „Königs-Titel“, ist nach für diesen Winter zur Aufführung bestimmt. Zur Zeit arbeitet Ludwig an einem Buch über den Tefin und einem zweiten Buch über den III.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann F. H. in Tübingen; für Interzelle: Otto R. u. h. in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

An- und Verkauf

zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Perles & P. Michel

34, RUE LAFFITTE, PARIS IX

TELEFON TAITBOU 98-40 BIS 45

Gesucht

Erstklassigen Chef Zuschneider

Spezialist für Herren- und Damen-Konfektion (Gabardine und Halb-Saison). Prima Referenzen erforderlich. Offerten sind zu richten an:

Fabrique de confection, 99, rue des Eclairs, Bruxelles

FRANZÖSISCH

KURSUS 1: Individuelle RAPID-Ausbildung für die verschiedenen Berufe (50 Lekt.).

KURSUS 2: Abt. a) Einführungslehre für Anfänger. Abt. b) Denken, Reden u. Schreiben in fr. Sprache. Abt. c) Hochschul- und Parlaments-Perfektion literarischer Feinschliff.

Prof. Spirgatis

7, rue Traversière BRUSSEL Tel. 17.98.30

Achtung, Eltern!

Mein Jugendheim, bedeut. vergrößert, befindet sich jetzt in **MARNES-LA COQUETTE, 3^{me} Grande Rue**

20 Minuten Bahnfahrt vom Bahnhof St. Lazare, Paris

Telefon: Garches Nr. 628.

Große Villa mit riesigem Park, fließendes Wasser in jedem Zimmer, Zentralheizung usw. Überleitung in die franz. Schulen, Gymnastik, Sport

FRAUDR. BERG